DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Eugen Drewermann im DW-Jubiläumsinterview ➲ Seiten 12/13

MIT DEMO-KALENDER ➲ Seite 6

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 100, Samstag 6. August 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

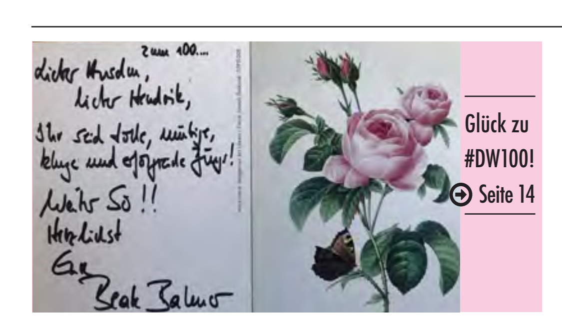
Abstimmung vor Bundestag

Corona-Regime für beendet erklärt

Berlin, 1. August 2022, das Volk ist da, Abstimmung vor dem Bundestag! Und dann die Entscheidung, endlich auch in Deutschland.

Mit einhelliger Zustimmung beschließt das anwesende deutsche Volk die sofortige Beendigung des Ausnahmezustandes und damit das Ende des Corona-Regimes!

Zehntausende hatten sich auf den Weg in ihre Hauptstadt Berlin zur »Woche der Demokratie« gemacht, um für Menschenrecht, Grundgesetz und Nürnberger Kodex einzutreten und die Verfassungserneuerung aus dem Volk selbst einzuleiten. Zu lange hat der Apparat aus Pharmalobby und Regierungsmitgliedern das Volk terrorisiert. »Impf«-Zwänge, Segregation und »Kinderschändermaske« werden jedenfalls nie mehr durchzusetzen sein. Das Bündnis »Wir sind viele« blickt auf eine Woche zurück, in der Montagsspaziergänger und Demokratiebewegung ihre Wiedervereinigung feierten. »Der Preis ist heiß«, hieß es, im Herbst wird sich Deutschland aus sich selbst heraus demokratisch erneuern und die Unterdrücker abschütteln. Weiter ➲ Seite 7



Glück zu #DW100! ➲ Seite 14

WAS WILL DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG?

Der Fünf-Punkte-Plan. Die deutsche Demokratiebewegung strebt seit 28. März 2020 mit täglichen Abstimmungen im ganzen Land an: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, Imperatives Mandat. 4. Volksentscheide in allen grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

So steht es seit 28. März 2020 auch auf der Bewegungsseite NichtOhneUns.de im Internet.

#FreeBallweg

Ein Herz für Querdenker

»Die ersten acht Tage waren brutal«, schreibt der politische Gefangene des BRD-Regimes, Michael Ballweg. »Ganz ohne Kontakt zur Außenwelt und von jetzt auf gleich komplett aus dem Leben gerissen...« Seit der Inhaftierung des Demokraten wächst die Demokratiebewegung täglich ➲ Seite 6

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 100. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Wir

Professioneller Journalist

Der Preis der Republik wird an Tim Röhn vergeben. LAUDATIO von Anke Behrend



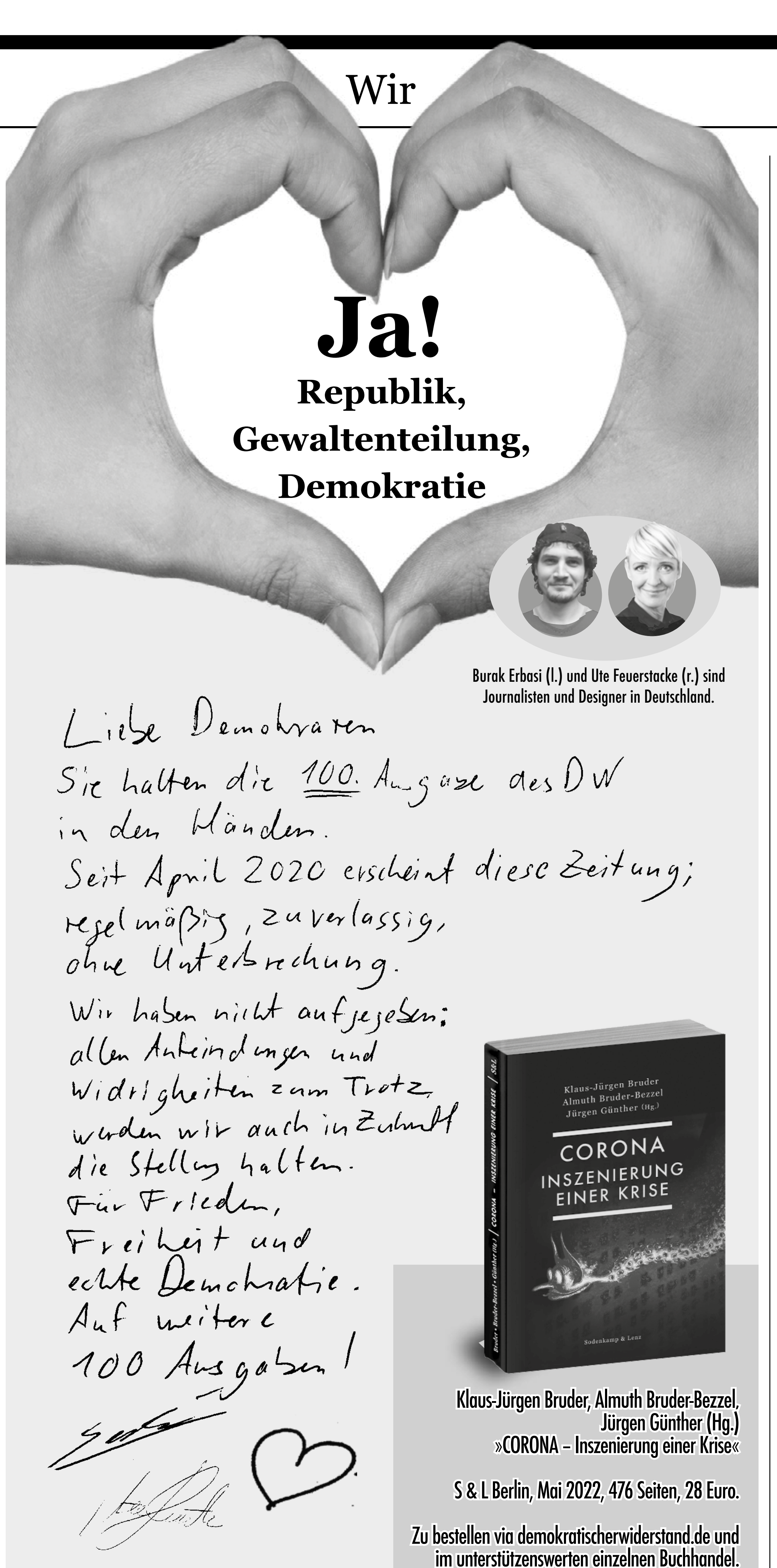
»In der Corona-Krise hat der Journalismus seine zentrale Aufgabe vergessen. Schleichend ist er dazu übergegangen, Skepsis und Kritik als schädlich zu stigmatisieren. Wie konnte das passieren?« (Tim Röhn)

Er sei nicht Journalist geworden, um die Narrative der Mächtigen weiterzuverbreiten, sondern um sie zu hinterfragen, um ihren Aussagen hinterher zu recherchieren, mit nur einem Ziel: abklopfen, ob sie stimmen. Im Weg stehen, fragen: »Moment jetzt mal, stopp – kann das überhaupt sein?« So versteht er seinen Job als Journalist.

Röhn war vom *Spiegel* kommend zunächst frei für die *Welt* tätig, seit Februar 2022 Chefreporter und ist seit Juli Ressortleiter Schwerpunktrecherche. Als einer der Ersten bearbeitete er das Thema »Pandemie« mit der gebotenen Professionalität. Wir verdanken ihm viele herausragende Texte, darunter »Vorsicht beim *Framing* der Corona-Proteste« und »Lässt man Lauterbach gewähren, endet die deutsche Geisterfahrt nie«. Herzlichen Dank unserem Kollegen Tim Röhn!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Tim Röhn. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg.



Burak Erbasi (l.) und Ute Feuerstacke (r.) sind Journalisten und Designer in Deutschland.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Das ungelebte Leben und der abstrakte Tod

EINWURF *von Werner Köhne*

Eine Meditation auf das Corona-Geschehen: Zwei Jahre »Corona-Pandemie« haben eine unter der dünnen Decke der Zivilisation verborgene Frage ans Tageslicht gehoben.

Wie gehen wir als Menschen mit unserer Endlichkeit, aber auch mit unserer unstillbaren Sehnsucht nach einem Weiterleben nach dem Tode um – nachdem die christliche Erzählung an Wirkungskraft massiv eingebüßt hat – mitsamt Himmel, Hölle und was sonst noch?

Das uns auferlegte Schicksal des Todes war immer integriert gewesen in eine Kultur, in der sich ein bestimmter Austausch zwischen Leben und Tod vollzog, in der die kurze individuelle Lebenszeit und die allgemeine unendliche Weltzeit eine mythisch rituelle oder religiöse Verknüpfung erfuhren.

Diese Verknüpfung ist heute zerrissen. Der Austausch ist in den letzten zwei Jahren massiv einer binären Polarität zwischen Leben und Tod gewichen, die sich in Hinblick auf die sogenannte Pandemie so ausdrückt: Während der Tod gemeinhin verdrängt und tabuisiert wird, tritt er im Rahmen der Corona-Politik als moralisch getönte Todesdrohung wieder auf.

Dieser Todesdrohung korrespondiert eine fanatisch betriebene Gesundheitspolitik. In ihr wird Leben ausschließlich definiert als Lebenserhaltung. Der Philosoph Peter Strasser sieht die Konsequenzen daraus so: »Wir haben die Lust am Leben eingetauscht gegen die Gier, nicht sterben zu müssen.«

Wir sind hier genau auf die Matrix des Corona-Geschehens (es ist übrigens mehr als eine »Inszenierung«, meine lieben Experten) gestoßen: als Bewohner eines Ortes »Nirgendwo«, zugleich zu Patienten mutiert, welche die Vielfalt und unendliche Intensität des Lebens einem Dasein als metaphysisch ausgebrannte »Überlebende« opfern.

Der vielleicht verhängnisvollste »einfache« Satz lautet heute: Hauptsache gesund, alles andere kommt danach. Ja was danach? Was steckt hinter dieser obsessiven Einschränkung des Lebens? Welche Verbindung gehen darin Moral, Affekte und letztlich auch ein wahnhafter Fortschrittsglaube ein?



DIE WELT WIRD VON PSYCHOPATHEN REGIERT

Wer sind diese Leute, die die Welt im Würgegriff halten, die Menschheit manipulieren und alles an die Wand fahren? | Von Dr. Herthneck

Psychopathen sind Menschen mit defekter Gewissensfunktion: Es fehlt ihnen das Schuldgefühl – deshalb fällt es ihnen leicht, Macht und Status über Gewissen und Anstand zu stellen.

Zwar können sich Psychopathen in andere Menschen hineinversetzen – mittels einer Form von Einfühlsamkeit; doch leider fehlt ihnen eine weitere wichtige Seelenfähigkeit: das Mitgefühl. Die meisten unserer globalen »Führer« wissen also ganz genau, wie sie sozusagen »empathisch« analysieren können, was in ihren Untertanen gerade so vor sich geht, und wie sie das für ihre Zwecke möglichst gut und möglichst kalt nutzen können. Eine gefährliche Kombination: Empathie ohne Mitgefühl. Seelische Manipulation und sozialer Missbrauch funktionieren auf dieser Grundlage allerdings bestens.

Fakten oder vermeintliche Fakten werden dann beständig fehlinterpretiert, damit man seinen eigenen Willen oder seine Agenda durchsetzen kann; und natürlich wird dann auch hemmungslos gelogen – allerdings so überzeugt und daher überzeugend, dass nicht einmal ein Lügendetektor mehr dahinterkäme. Doch dieses Verhalten wird auf beiden Seiten – sowohl beim Herrscher als auch bei den Beherrschten – teuer bezahlt: Der Sinn für die Realität geht verloren, da es keine verbindliche Wahrheit mehr gibt, die dem Realen entspräche. Das bedeutet unter anderem auch, dass grausame Handlungsketten in Gang gebracht werden – unter dem angeblichen Vorsatz von Selbsterhaltung: Menschenrechte und Menschenwürde werden missachtet, Scheinsicherheit ersetzt Freiheit.

Wenn etwa wahr wäre, was viele wahrhafte Experten der Virologie und der Epidemiologie sagen – dass wir nicht in einer echten Pandemie leben, und dass Corona-Viren keine »Killerviren« sind, gegen die man sich mittels einer körperschädigenden Impfung schützen müsste oder auch nur könnte, sondern die normale Immunsystemstärkung in den meisten Fällen ausreichend ist – bei einer Sterblichkeitsrate von weit unter einem Prozent – wenn das wahr wäre, was würde das dann über unseren globalen Geisteszustand aussagen? Welche Rückschlüsse ließe dann ein solches Weltgeschehen, wie wir es seit der Verkündigung des Corona-Kreuzzugs Anfang 2020 erleiden müssen, auf die gegenwärtige *Conditio humana* – ihren *Lockdowns*, ihrer Zwangsmaskierung, ihrem Impfzwang und so weiter – zu?

BLÜTEZEIT DER PSYCHOPATHIE

Damit ist gemeint, dass unsere heutige, angeblich so aufgeklärte Zeit momentan eine Art Rückfall ins finstere Mittelalter durchläuft: Wir leben wieder in einer Epoche der gesteigerten Geisteskrankheit von Massen und Massenlenkern ähnlich etwa wie zur Zeit der Inquisition. Auch damals herrschte ein religiöser Kult, dem man angehören konnte oder nicht. Auch damals war die Menschheit wie gelähmt von der behaupteten Perspektive eines bösen Feindes im Außen, der ins eigene Innere einwandern könnte, und dort sein Unwesen treibe – bis zum geistlichen Tode. Gegenwärtig herrschen weltweit halluzinatorische Prozesse, angetrieben von psychopathischen Tendenzen, die nach totaler Kontrolle, Macht und ähnlichen Zielen streben. Doch solche Bestrebungen sind so alt wie die Menschheit.

Eine Gesellschaft aber, die von Haltungen und Verhaltensweisen beherrscht wird, wie etwa Häme, Spott, Verachtung, Entwürdigung, Bösartigkeit und so weiter, generiert und regeneriert dadurch natürlich beständig Psychopathologie und Psychopathie. Der Unterschied zwischen beidem liegt schlicht darin, dass ersteres allgemein Seelenstörung meint, und letzteres speziell das, was zum Beispiel Serien- und Massenmörder miteinander vereint. Der frühere US-Präsident Barrack Obama hat beispielsweise mehr Menschen ermorden lassen als vermutlich jeder andere vor ihm – und dennoch erhielt er den »Friedensnobelpreis« und wurde *Time*-Mann-des-Jahres 2008 – wie Hitler 1938. Was sagt das über unseren psycho-politischen Zustand aus? Warum schützen wir Mörder und nicht *Whistleblower*?

Julian Assange und Edward Snowden können kein normales Leben mehr führen, weil sie mörderische Gewaltverbrechen des Staates aufgedeckt haben. Ist das normal? Was für eine halluzinierte Normalität ist das? Was für eine Abnormalität halluzinieren wir anscheinend immer noch überwiegend erfolgreich beiseite? Oder ist es einfach nur so, dass es in der letztlich indifferenten Natur eben Jäger und Gejagte gibt, weil die Natur durch Chaos, Feindseligkeit und Mord charakterisiert ist? Man könnte meinen, unsere Natur habe irgendwann einmal eine falsche Abzweigung genommen, und uns zum mörderischsten Wesen auf diesem Planeten gemacht: Kein Tier tötet systematisch seine Artgenossen – nur der Mensch macht das – er tötet alles Lebendige.

Dr. Herthneck studierte und promovierte in Humanmedizin und Psychologie an Universitäten im In- und Ausland. Die letzten Jahre leitete er eine Psychiatrie-Ambulanz und lehrt zudem seine Fachbereiche an der Universität.

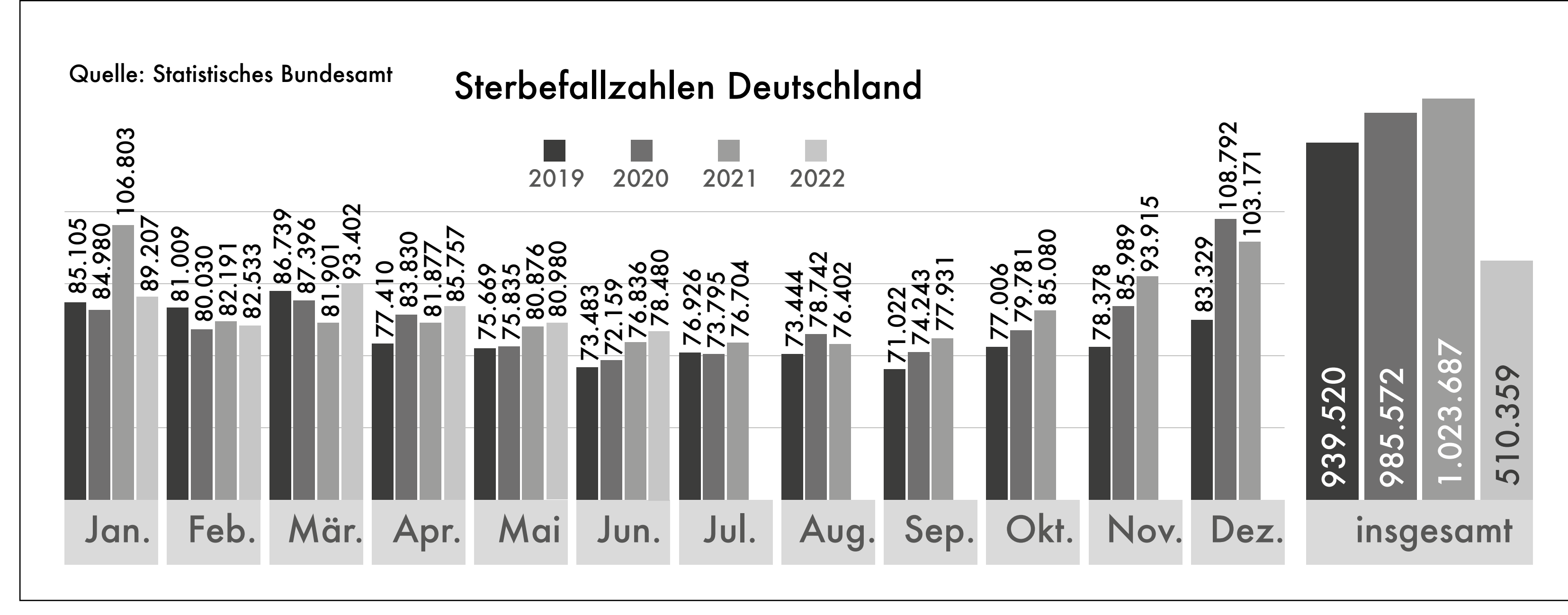


Hilfsmittel gegen Psychopathen: Ihren Lügen einfach keinen Glauben mehr schenken. Foto: Georgi Belickin

MELDUNG

MASSNAHMEN-PAKET FÜR DRITTEN HORRORWINTER

Berlin/DW. Am Mittwoch legte »Gesundheitsminister« Karl Lauterbach (SPD) das neue Corona-Maßnahmen-Paket vor. Die aktuelle Fassung der totalitären und menschenverachtenden »Corona-Regeln« läuft zum 23. September 2022 aus. Trotz der inzwischen wissenschaftlich vielfach widerlegten Verschwörungserzählung einer gefährlichen Killervirus-Pandemie sollen dann bis zum 7. April 2023 weitere Gängelungen des Volkes unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes möglich sein. Bundesweit soll pauschal eine Maskenpflicht im Luftverkehr und im öffentlichen Personenverkehr herrschen. In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen soll neben dem Maskenzwang auch eine Testnachweispflicht vom Regime durchgesetzt werden. Die Länder können darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen ergreifen, wie zum Beispiel Maskenzwang in Innenräumen. (ber)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Der 1. August in Berlin

Tausende zelebrieren ausgelassen und friedlich das zweijährige Jubiläum der ersten Großdemonstration für Frieden und Freiheit. | BERICHT von Luca Wagner



Tausende friedensbewegte Widerständler vereinigten sich auf dem Gendarmenmarkt vor dem Konzerthaus Berlin. Foto: Luca Wagner

Viele hatten ihn lange herbeigesehnt, den 1. August in Berlin, um vor dem Reichstagsgebäude ein deutliches Zeichen zu setzen und der Welt zu zeigen, dass die Demokratie- und Friedensbewegung voller Energie, Tatendrang und Zuversicht in die Zukunft blickt.

Es war ein historischer Tag, denn genau zwei Jahre zuvor, am 1. August 2020 fand an selbiger Stelle die erste Großdemonstration für Frieden und Freiheit unter Beteiligung Hunderttausender statt. Dieses mal waren zwar nicht so viele Menschen wie 2020 gekommen, doch der gesamte Tag verlief sehr friedlich und ist als großer Erfolg für unsere Bewegung zu verbuchen!

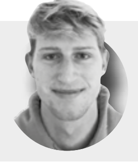
Um 14 Uhr versammelte sich die Menschenmengen vor dem Reichstag. Die Versammlung begann mit einer Rede von Querdenken-Rechtsanwalt Ralf Ludwig, welcher auf die seit Wochen andauernde, widerrechtliche Inhaftierung Michael Ballwegs, seines Zeichens Begründer der Querdenken-Bewegung, in Stuttgart Stammheim aufmerksam machte und einen Brief Ballwegs vorlas. Trotz dieser Situation waren die Worte Ballwegs unglaublich positiv, dankbar und lebensbejahend. Daraufhin wurde der Medienmarsch mit einer Rede von Jimmy Gerum, seinerseits Begründer der Initiative »Leuchtturm ARD«, eingeläutet. Tausende freudig-friedlicher Menschen begaben sich auf einen insgesamt gut zehn Kilometer langen Rundlauf durch Berlin, angefeuert und begleitet von den Schlägen etlicher, aus ganz Deutschland angereister Trommler, die sonst für Stimmung auf den Montagsspaziergängen in ihren jeweiligen Städten sorgen.

Vorbei ging es am Hauptstadtstudio des *ARD*, der Medienmetropole Berlin, über die Zentralredaktion der *Funke-Mediengruppe* und das Verlagshaus des *Tagesspiegels*. Vor der Zentrale der *taz* hielt die Journalistin und DW-Redakteurin Sophia-Maria Antonulas eine flammende Rede über die selbst herbeigeführte »Beerdigung« der öffentlich-rechtlichen Medien und im Besonderen der *taz*, da diese in keinster Weise ihrer Aufgabe als vierte Gewalt, nämlich der Kontrolle der Machthabenden und des kritischen Hinterfragens derer Entscheidungen, gerecht wird.

IMMER NOCH QUERDENKER IMMER NOCH AUFRECHT

Schlimmer noch, sie diffamieren aufrichtige Journalisten wie Anselm Lenz, Herausgeber und Chefredakteur des DW, der bis zum Beginn der »Pandemie« bei der *taz* tätig war, als vermeintlich rechtsradikale Verschwörungstheoretiker, da diese nicht gewillt sind, in die kopflose und gefährliche Lobhudelei auf die Politik und deren ungerechtfertigte Maßnahmen zur »Pandemie-Bekämpfung« mit einzustimmen. Weiter ging es vorbei an der Zentrale der *dpa* und dem *Axel-Springer*-Hochhaus, zur Zwischenkundgebung am Gendarmenmarkt. Hier war erneut die schiere Masse an wundervollen Menschen ersichtlich, welche sich vor dem Konzerthaus versammelten und lautstarke Sprechchöre anstimmten, was mir eine angenehme Gänsehaut bescherte. Daraufhin setzte sich die bunte Menge gegen 19 Uhr in Bewegung zurück zum Reichstag, um der abschließenden Kundgebung beizuwohnen.

Für mich persönlich war diese der Höhepunkt des Tages, da unter anderem Anselm Lenz, Ernst Wolff, Heiko Schöning, Studenten Stehen Auf und Margareta Griesz-Brisson zu Wort kamen, begleitet durch musikalische Einschübe von Kilez More und Captain Future. Alles in allem war der 1. August 2022 ein voller Erfolg für die Demokratiebewegung und wird in die Geschichtsbücher eingehen.



Luca Wagner ist Student in Halle, Mitglied von stauf.org und aktiv in der Demokratiebewegung für Verfassungserneuerung.

MELDUNG

STAATSORGANE SCHNÜFFELN UNGENIERT KONTEN AUS

Berlin/DW. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU vom 11. Juli geht hervor, dass immer mehr »Kontoabrufverfahren« stattfinden. Hierbei werden die Privatkonten der Bürger, ohne Wissen des Kontoinhabers, durchleuchtet. Waren es im Jahr 2015 noch 320.000 Abrufe, hat die Zahl nun die Millionen-Marke überschritten. Die korrupte Politkaste hatte bei der Einführung der umstrittenen Kontoabrufverfahren den Bürgern versichert, dass es diese Zugriffe nur bei »akuter Gefahr« wie zum Beispiel bei Terrorverdacht geben würde. Vor allem Gerichtsvollzieher, Finanzämter und Sozialbehörden machen Gebrauch von dieser Praxis. (ber)

ARMES DEUTSCHLAND

Wiesbaden/DW. Laut Bekanntgabe des Statistischen Bundesamtes sind etwa 13 Millionen Menschen in Deutschland armutsgefährdet. Vor allem seien Alleinerziehende und Alleinstehende betroffen. Bei Ruheständlern fällt die Armutsgefährdungsquote mit 19,3 Prozent ebenfalls hoch aus. Experten prognostizieren für die nächsten Jahre eine weitere dramatische Verschärfung der Armut in Deutschland. (ber)

Londoner Genderklinik schließt 2023

Frühzeitig und unter Druck: Hunderte Minderjährige wurden fahrlässig einer Geschlechtsumwandlung unterzogen. | Von Anke Behrend

Operationen am Fließband, lückenhafte Dokumentationen und leichtfertige Diagnosen – mit diesen Vorwürfen sieht sich die britische Genderklinik Travistock Center nach einer unabhängigen Untersuchung konfrontiert und wird nun zu Beginn des kommenden Jahres behördlich geschlossen.

Das Londoner Travistock Center ist die einzige britische Klinik, die Kinder und Jugendliche bei Problemen mit der sogenannten Genderidentität behandelt. Bereits Kindern unter zehn Jahren wurden experimentell Pubertätsblocker verabreicht, für die keine Langzeitdaten vorliegen, es wurden gegengeschlechtliche Hormontherapien und geschlechtsangleichende Operationen durchgeführt, was in den meisten Fällen den Verlust der Reproduktionsfähigkeit und irreversible Einschränkungen der Sexualfunktionen zur Folge hat. Betreffende benötigen oft lebenslang medizinische Betreuung.

Seit 2010 mit 138 Fällen stieg die Zahl der Überweisungen 2020 auf 2.383 Fälle und lag 2021 bereits bei circa 5.000 Überweisungen. Die Leiterin der Untersuchung, Kinderärztin Dr. Hilary Cass, bescheinigte der Klinik, ihre Patienten einem beachtlichen »Risiko der Beeinträchtigung ihrer psychischen Gesundheit« auszusetzen. Als problematisch wurde unter anderem das Ignorieren von anderen psychischen Problemen der Minderjährigen wie etwa Störungen im Autismusspektrum gewertet.

GENDER-DIVERSITÄT AUF TEUFEL KOMM RAUS

Travistock stand schon lange in der Kritik, Minderjährige vorschnell und unter Druck unumkehrbaren medizinischen Interventionen zu unterziehen. Aufmerksamkeit erlangte der Fall Keira Bell, die sich im Alter von 16 Jahren einer medikamentösen Therapie und schließlich einer Brustamputation unterzog, beides später bereute und vor Gericht gegen Travistock vorging. Man habe sie seitens der Klinik unter Druck gesetzt und ihre mangelnde Reife ausgenutzt. Weitere Patienten sowie Mitarbeiter berichteten ähnliches.

Im Fall Bell gegen Travistock entschied der britische High Court (Oberstes Gerichtshof) im Dezember 2020, dass Kinder unter 16 Jahren nicht in der Lage seien, eine sachkundige Einwilligungserklärung zu den experimentellen Therapien zu geben, die ihren Körper verändern. Im September 2021 wurde diese allgemeine Entscheidung über die Einwilligungsfähigkeit ab 16 Jahren aufgehoben und zurück in die Hände von Ärzten, Eltern und Minderjährigen gelegt.

Susie Green, Geschäftsführerin der transaktivistischen Lobbyorganisation »Mermaids« kommentierte: »Wir begrüßen diese Entscheidung und freuen uns, dass das Berufungsgericht eine verheerende Entscheidung aufgehoben hat, die der Transphobie Vorschub geleistet hat und weiterhin das Leben Hunderter junger Menschen beeinträchtigt.«

Sowohl Transaktivisten als auch ihre Gegner reklamieren für sich, das Leben junger Menschen werde beeinträchtigt entweder durch verweigerte Behandlung oder durch die irreversible Behandlung. Transaktivisten betreiben seit den 2000er Jahren Lobbyarbeit für frühzeitige Eingriffe bei Kindern und argumentieren mit der Gefahr von Suiziden, wenn die Kinder nicht einer sogenannten Transition unterzogen werden.



Anke Behrend ist TV-Profi, Autorin und Redakteurin dieser Wochenzeitung.

Hört auf zu spalten!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Wenn Sie die 100. Ausgabe dieser einzigen Widerstandszeitung Deutschlands in Ihren Händen halten, ist die Woche der Demokratie bereits beendet. Während ich schreibe, sind wir noch mittendrin im Trubel, im Taumel des Glücks, unter vielen freiheitsliebenden Menschen.



Demokrat hat die Lügen des Systems satt und hält den Demokratischen Widerstand hoch.
Foto: Georgi Belickin

Gemeinsam gehen wir auf die Straßen, zeigen unser Gesicht, sind mutig und hoffnungsvoll, kritisch, und auch mal fröhlich wie ein Clown, dem immer eine Träne im Auge glitzert. Und dann gibt es die, die auch regierungskritisch sind, aber alles besser wissen. Am besten gefallen mir die Verbal-Helden mit Pseudonym, die auf der Couch sitzen und in sozialen Netzwerken alle kritisieren, die Widerstand auf die Straße bringen. Schluss damit!

Als ich die Trommeln hörte, die Rufe nach Freiheit und Selbstbestimmung, die durch die Straßen hallten, da wusste ich: Er ist endlich da. Der erste Umzug der Woche der Demokratie am vergangenen Samstag näherte sich, und über ihm schwebte eine unsichtbare Wolke der Glückseligkeit. Noch am Rand stehend, fühlte ich die Stärke dieser Menschen. Ich sah in viele Augenpaare, bekam ein Lächeln, sendete es zurück und begab mich zaghaft am Rande in das Getümmel und ließ mich mitreißen. Wissen Sie, was mir dabei in den Sinn kam?

Alle diese Menschen hier, die sich aus allen politischen Richtungen und Lebensstilen unter dem Dach der Freiheit öffentlich vereinen, haben verdammt viel Schmerz in den vergangenen Jahren erlitten. Sie haben Entbehrungen in Kauf genommen, sie wurden gesellschaftlich ausgegrenzt, verunglimpft, beleidigt, entwürdigt, viele von ihnen haben ihre Berufe im Gesundheitswesen verloren, und das alles, um selbstbestimmt leben zu können. Und dann sinnierte ich weiter. Wer in der Welt kann diese Kraft aufhalten?

Sie können uns weiter drangsalieren, sie können uns weiter klein halten, sie können uns weiter beleidigen – doch nur so lange, bis sich noch mehr Menschen für ihre Rechte erheben. Aber sie können niemals diesen Geist einfangen, den Geist der Freiheit, des Mutes und der Entschlossenheit. Und ich sage Ihnen, wir machen die da oben nervös, auch wenn sie öffentlich noch über uns lachen. Einigen ist das Lachen schon vergangen, sie haben die Hosen voll, und schlagen und keifen um sich wie kleine Kinder. Denn das, was sie fürchten, haben sie nicht, aber wir: Mut und Beständigkeit.

DIE KRAFT DER GEDANKEN

Die Stimmen der Kritiker aus den eigenen Reihen sind laut. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin ein Freund des kritischen Diskurses. Die Frage, die sich für mich nur stellt: Ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um über Details zu streiten? Müssten wir nicht alle, die unzufrieden sind, über unsere eigenen Befindlichkeiten hinwegsehen und nur das große Ziel vor Augen haben: Diesen Wahnsinn so schnell wie möglich zu beenden? Je länger dieser Terror andauert, desto ärmer werden wir. Und unsere Schlagkraft als Gemeinschaft ist auch an unsere wirtschaftliche Stärke gebunden. Wollen wir so lange über links oder rechts, laut oder leise, ernst oder lustig diskutieren, bis hier alles in Schutt und Asche liegt? Sie ahnen meine Antwort.

Die Kritiker innerhalb der Bewegung sind jederzeit eingeladen, eigene Veranstaltungen zu machen, bei denen ich gerne dabei bin. Weil ich kein Erbsenzähler bin. Es wird ein heißer Herbst, wir werden viel Präsenz zeigen, beständig und entschieden weitermachen. Wichtig ist und bleibt, dass wir uns nicht spalten! Wie heißt es schon im alten chilenischen Widerstandslied: »El pueblo unido, jamás será vencido« – »Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden.«



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Das sommerliche Zwischenfazit – Teil 3

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In der Corona-Zeit war beziehungsweise ist alles neu. Das gilt vor allem für die versammlungsrechtlichen Auflagen der vergangenen Jahre. Zum einen führten diese immer wieder zu Verboten, weil die Versammlungen der Maßnahmen-Kritiker angeblich eine erhebliche Gefahr für die »Solidargemeinschaft« darstellten.

Andererseits hat man im Nachgang zu den Versammlungen immer wieder versucht, das »Übel« der Versammlungen bei der Wurzel zu packen, nämlich bei den Versammlungsleitern. Diese verfolgte man bei noch so geringen und vermeintlichen Auflagenverstößen gemäß §§ 25 Nr. 2 Versammlungsgesetz. Da wurde ein Mikro nicht desinfiziert, einige Ordner trugen keine Masken oder die Abstände auf der Bühne wurden nicht eingehalten. Die Strafverfolgungsbehörden waren hier nicht zimperlich. Das Ziel war ersichtlich: Mit den vermeintlichen Verstößen sollten Anmeldung und Leiter davon abgehalten werden, zukünftige Versammlungen anzumelden beziehungsweise durchzuführen. Denn so ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren ist nervig und belastend. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten: Denn vermehrt wurden dann (auch wegen der Verbote) Versammlungen eben nicht mehr angemeldet und durchgeführt (»Spaziergänge«), was für die Teilnehmer sanktionslos mit Blick auf Art. 8 GG auch möglich ist. Jetzt begann man aber, einzelne Teilnehmer zu sogenannten faktischen Leitern zu machen, um diese dann strafrechtlich zu verfolgen. Die hier von mir zahlreich geführten Verfahren führten mit einer Ausnahme allesamt meist bereits im Ermittlungsverfahren und spätestens vor Gericht ins Leere.

Auffällig hierbei war, dass insbesondere die vor Ort eingesetzten Beamten einen besonderen Verfolgungseifer an den Tag legten, sich aber mit der strengen Rechtsprechung nicht auskennen. Die zum Teil schlampig geführten Ermittlungsergebnisse und rechtlich schlechten Einschätzungen bekamen dann Staatsanwaltschaften und Gerichte durchaus genüsslich von mir um die Ohren gehauen.

In der nächsten Woche gibt es dann wieder einen aktuellen Fall aus dem Gerichtssaal. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Leser dieser Kolumne.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



STRASSE DES 1. AUGUST

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Am Montag, den 1. August 2022 fuhr ich morgens über die Straße des 17. Juni in Berlin. Im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren war ich nicht auf dem Weg zu einer Großdemo, ich fuhr zum Bahnhof um meinen Zug nach München zu erwischen, wo ich abends meinen 40. Geburtstag gefeiert habe.

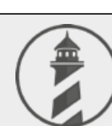
Meine ursprüngliche Planung war, den 1. August wie in den Jahren zuvor auf einer Demo in Berlin zu verbringen. Letztlich habe ich aber den Entschluss gefasst, die »Jubiläumsdemo« nicht zu besuchen, obwohl mich mit dem 1. August 2020 mehr verbindet, als mit jedem anderen Tag. Jeder, der an diesem historischen Tag in Berlin war, weiß wovon ich rede.

Aber wir sollten uns nicht nur von unseren positiven Emotionen aus der Vergangenheit blenden lassen. Der Sinn einer Demonstration ist nicht, in Erinnerungen zu schwelgen und die Vergangenheit zu feiern. Demonstrationen müssen ein politisches Ziel in der Zukunft verfolgen. Die Zeit der zentralen Großdemos ist vorbei. Es waren nicht die Großdemos, welche die Impfpflicht verhindert haben. Es waren dezentrale *label*lose Montagsspaziergänge zeitgleich in Tausenden Städten und Dörfern. Eine deutschlandweite Mobilisierung macht meines Erachtens nur dann Sinn, wenn dies auf ein konkretes Ziel hin erfolgt, zum Beispiel für den 9. September in Berlin, da der Bundestag in dieser Woche voraussichtlich eine weitere Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschließen wird.

Natürlich kann jeder demonstrieren wann und wo er möchte. Es ist aber wenig zielführend, wenn man lediglich für einen Tag mobilisiert, mit dem man zwar positive Emotionen verbindet, der aber politisch auf die Vergangenheit gerichtet ist und nicht auf die Zukunft. Daher hoffe ich, dass auch am 9. September die Straßen von Berlin voll sind, wenn es zählt.

Unabhängig davon muss sich der Protest wandeln. Viele scheinen mit ihren Forderungen zu sehr in den Jahren 2020/2021 verhaftet zu sein. Im Moment kann man nicht ernsthaft von einer Diktatur in Deutschland reden und auch der Ton sollte ein anderer sein, damit man nicht nur sich selbst sondern auch die 83 Millionen Menschen in unserem Land erreicht, die gerade nicht auf einer Demo sind. Eine verbale oder thematische Radikalisierung, die teils zu beobachten ist, hilft dabei nicht weiter.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1 / Ecke Quettigstraße
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee /Brettschneiderstr
CHEMNITZ: Montag ab 18:45 • Freie Presse • Brückenstr. 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
FLENSBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Friedrich Ebert Str.
FRANKFURT: Samstag ab 16 • SPIEGEL • An der Welle 5
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
FREUDENSTADT: Donnerstag ab 18 • Schwarzwälder Bote • Martin-Luther-Straße 5
FÜSSEN: Donnerstag ab 18 • Allgäuer Zeitung Kaiser • Max Platz 3
HANNOVER: Donnerstag ab 18 • NDR Studio • Rudolf v. Bennigsenufer 22
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 3
LANDSHUT: Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag ab 15:30 • ZDF • ZDF Str. 1
MAYEN: Donnerstag ab 15 • Wochenspiegel • Rosengasse, Ecke Göbelstraße
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • Süddeutsche Zeitung • Hultschiner Str. 8
NEUBRANDENBURG: Donnerstag ab 16 • NDR Neubrandenburg • Friedrich Engels Ring 51
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OFFENBACH: Donnerstag ab 15:30 • Offenbach Post • Waldstr. 226
OSNABRÜCK: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz und Platz der deutschen Einheit
PFORZHEIM: Mittwoch ab 16 • Pforzheimer Kurier • Karl Friedrichstr 24
POTSDAM: Donnerstag ab 18 RBB Studio Marlene-Dietrich-Allee 20
ROSTOCK: Montag ab 15 NDR , Zug zur Ostseezeitung Richard Wagner Str. 8
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 17 • Saarländischer • Rundfunk Funkhaus Halberg
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • SVZ Zeitung • Mecklenburgstraße 39
STUTTGART: Donnerstag ab 15 • SWR Studio • Neckarstr. 230
WÜRZBURG : Donnerstag ab 15 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

AARBERGEN-KETTENBACH, 18 Uhr, am Rathaus(Norma Parkplatz) – ADELSDORF, 18:30 Uhr, am Marktplatz – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus –BAD BOLL, 18 Uhr, am Rathaus – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIENENBÜTTEL, 18:30 Uhr, am Rathaushplatz – COPPENBRÜGGE, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – DENKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINKELSCHERBEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – EIGELTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EUSKIRCHEN, 18 Uhr, am Annaturmplatz – FERNWALD, 18:30 Uhr, am Rathaus – FISCHBACH, 18 Uhr, am Marktplatz – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GLÜCKSBURG, 18 Uhr, am Schlossparkplatz – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HELGOLAND, 18 Uhr, am Rathaus – HERZOGENAURACH, 19 Uhr am Marktplatz – KÖNNERN, 20 Uhr, am Rathaus – LAUFEN, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 6.8.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.8.-6.8.2022 14-19 Uhr	Berlin, am Bundestag	WOCHE DER DEMOKRATIE
Sa, 6.8.2022 14-22 Uhr	Berlin, Mauerpark	FRIEDENSFEST
Sa, 6.8.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 6.8.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Versammlung und Umzug
Sa, 6.8.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 6.8.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 6.8.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 6.8.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 6.8.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 6.8.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 6.8.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 6.8.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
Sa, 6.8.2022 17-21 Uhr	Ueckermünde, auf dem Markt	Konzert
So, 7.8.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 7.8.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 7.8.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 8.8.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 8.8.2022 18-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 8.8.2022 17:30-20 Uhr	Hamburg, Winterhuder Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 8.8.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.8.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 8.8.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 8.8.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 9.8.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 9.8.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 9.8.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 9.8.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 9.8.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 10.8.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 10.8.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 10.8.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 10.8.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 10.8.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 10.8.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 10.8.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 10.8.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 11.8.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 11.8.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 11.8.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 11.8.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 11.8.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 11.8.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 12.8.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 13.8.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 13.8.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 13.8.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 13.8.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 13.8.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 13.8.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 13.8.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 13.8.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 13.8.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 13.8.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 14.8.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 14.8.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 14.8.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mi, 17.8.2022 18-21:30 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 20.8.2022 13-15 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Demoaufzug
Sa, 20.8.2022 13-20 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	GROßDEMO
Sa, 27.8.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Fr, 9.9.2022 9-15 Uhr	Berlin, Platz der Republik	GROßDEMO
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

BALLWEG SCHREIBT AUS STAMMHEIM

Am 29. Juni 2022 wurde er zuhause von Regime-Banden abgeholt. Der Demokrat, Volksheld, IT-Unternehmer und Querdenken-Gründer Michael Ballweg schrieb aus seiner Haft im Gefängnis Stuttgart-Stammheim an den Journalisten Alexander Wallasch (alexander-wallasch.de):

»Vielen Dank für die treffgenaue Zusammenfassung meiner Verhaftung und der zugrundeliegenden Vorwürfe. Ich musste schmunzeln und lachen. Jetzt verstehen Sie wohl auch, warum ich die Einnahmenseite (noch) nicht offengelegt hatte. Es war mir immer klar, dass man versuchen wird, über diesen Weg etwas vorzuwerfen. Meine Verschwiegenheit, die natürlich mit meinen Beratern abgestimmt war, wird ein Vorteil sein.

Dass es jetzt gleich so krass kommt und ich in U-Haft genommen werde, das habe ich nicht erwartet. Aber Sie kennen mich ja. Ich trage es mit Gelassenheit und nehme es mit Humor. ›Aus Freude an Veränderung‹ ist mein Motto für 2022. Dass sie nun so kommt ... nun ja. Aber ich nehme auch diese Situation mit Freude an!

Die ersten acht Tage waren dennoch ›brutal‹. Ganz ohne Kontakt zur Außenwelt und von jetzt auf gleich komplett aus dem Leben gerissen, ohne Rücksicht auf Verluste. Ein Anruf, das war es. Egal ob Hund, private Angelegenheiten oder Firma. Es wird offensichtlich versucht, den Aufbau von nachhaltig arbeitsfähigen Strukturen zu unterbinden.

Die Vorwürfe an sich sollen leicht zu entkräften sein. Aber ich ›bin erst mal weg vom Fenster‹ und mit der Beschlagnahmung meiner Arbeitsmittel ist mein Beitrag zur Aufklärung eingeschränkt. Ein Trümmerhaufen an Scherben ist angerichtet und das ›Aufräumen‹ wird lange dauern. Es zeigt aber auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Seit sich die Demonstration verselbständigt haben und viele in die Eigenverantwortung gehen, beschäftige ich mich wieder mehr mit der Macht der Digitalkonzerne und wie wir auch hier friedlich unsere Energie entziehen können.

DESHALB HALTE ICH ES FÜR WICHTIGER DENN JE:
1. Befreit Euch von Apple und Google => Freiheitshandy
2. Verschlüsselt Eure E-Mails
3. Beschäftigt Euch mit Bitcoin

=> Holen wir uns unsere Privatsphäre zurück. Denn ohne unsere Daten funktioniert das Social Credit System nicht.
=> Weitere Infos: digitaler-aktivist.de

Ansonsten verbringe ich die Tage mit Meditation, Atemübungen und höre auf meine innere Stimme: Es geht mir sehr gut!

Herzliche Grüße,
21. Juli 2022, Michael Ballweg«

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT ZUR WOCHE DER DEMOKRATIE

ERSTE ABSTIMMUNG: Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland.
ZWEITE ABSTIMMUNG: Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechts in Wortlaut und Sinn.
DRITTE ABSTIMMUNG: Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs und Einsetzung des imperativen Mandats.
VIERTE ABSTIMMUNG: Volksentscheide in allen grundlegenden Angelegenheiten.
FÜNFTE ABSTIMMUNG: Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.
SECHSTE: Zusatzabstimmung, demokratisches Engagement: Die Demokratiebewegung erklärt sich bereit, das Verfassungsreferendum für das Volk selber durchzuführen.



Berliner Gendarmenmarkt, 1. August 2022. Frauen gingen bei der feierlichen Verschmelzung von Demokratiebewegung und Montagsspaziergängern voran – wie so oft in den zurückliegenden zwei einhalb Jahren. Foto: DW/Georgi Belickin

Es ist ein Montag in Berlin. Zehntausende Deutsche, Angestellte, Mittelstand und Arbeiter kommen nach Berlin. Sie ziehen durch ihre Hauptstadt vom Bundestag über die Propagandazentralen der Medienkonzerne und Regierungssender wiederum zum Bundestag.

Auch Juristen, Ärztinnen, Journalisten, Feuerwehrleute und Soldaten testieren ihre Entscheidung für Demokratiebewegung und Verfassungserneuerung »von unten« in den Grenzen von 1990. Sie wenden sich unmissverständlich gegen den globalen Putschversuch von Monopolkonzernen und Regierungsmitgliedern unter den Stichworten Covid. Corona, PCR, ID2020, Überwachungsstaat. In Ländern wie Schweden, Florida, Dänemark, Polen ist der Putsch längst passé oder hat nie wirklich stattgefunden.

DAS VOLK HAT GESPROCHEN

Dann ein für das gesamte Land bemerkenswertes Ereignis: Auf dem Platz der Republik vor dem Bundestag beschließt die wiedervereinigte Demokratiebewegung per Abstimmung den 5-Punkte-Plan und erklärt ihn unter Jubel für gültig. Das Corona-Regime wird durch das anwesende deutsche Volk durch Akklamation für ab sofort beendet erklärt. »Diese Entscheidung hat Gültigkeit, unverzüglich«, heißt es. Das Volk hat gesprochen. Teilnehmer erklären, weitere Abstimmungen vor Landes- und Kommunalparlamenten durchzuführen, um den Beschluss der Volksabstimmung immer wieder zu bestätigen. – Hat Deutschland hat am 1. August 2022 zur Demokratie zurückgefunden? Dutzende Video der Abstimmung des anwesenden Volkes vor dem Bundestag gehen um die Welt (siehe im Internet zum Beispiel *https://youtu.be/LzXhsrjj2jA)*.

Schon am 30. Juli war ein Strom von echten demokratischen Erneuerern vom Brandenburger Tor zum Rosa-Luxemburg-Platz gezogen. Der Sänger Björn Banane las den Medien die Leviten. Das Bündnis »Wir Sind Viele« gab für den Marsch zurückhaltend 5.700 Teilnehmer an, das *Compact-Magazin* zählte rund 10.000. Der *RBB*-Propagandakomplex redigierte die Zahl auf 1.800 herab – immerhin noch jene Anzahl Menschen, die im Jahre 1789 zum Sturm auf die Pariser Bastille angetreten war.

Unter Staunen zählte der berüchtigste Propagandist des *RBB*-Senders, Olaf Sundermayer, die am Rosa-Luxemburg-Platz eintreffenden Zug vom 30. Juli 2022 durch. Unbemerkte Filmaufnahmen beweisen: Der schier nicht abreißende Strom auf den Platz vor der weltbekannten Volksbühne lässt Sundermayer müde werden. Die Demonstranten rufem dem Journalistendarsteller zum Auftakt der Woche der Demokratie chorisch entgegen »Nazis raus« und später »Stasi raus« – und meinen damit jeweils ihn, Sundermayer vom *RBB*. Sundermayer ist wahrscheinlich mitverantwortlich für Millionen »Impf«-Geschädigte in Deutschland, geschundene Kinderseelen, Spaltung und verleumdete Kollegen. Und wieder eine gefälschte Zahl, »1.800«, wenn auch nicht so drastisch.

Das ist nicht neu: Bei der historischen 1.-August-Demonstration 2020 hatte die Polizei bereits am Vormittag die Zahl von 800.000 Teilnehmern öffentlich bekanntgegeben, mit weiterem Zulauf waren wohl mindestens 1,3 Millionen Deutsche in ihre Hauptstadt gekommen. Das grundgesetzwidrige Corona-Regime ließ sogar die Polizeizählung nachträglich fälschen, die Zahl auf »20.000« herabfälschen und diese Zahl im Propagandafunk verbreiten. Eine absolut lächerliche Lüge.

Ein Protagonist dieser Lüge: Besagter Hetzprofi Sundermayer, heute müde, tumb, erschöpft. Ein strahlender Sieg der Demokratiebewegung, der auch für den Demokraten Michael Ballweg stattfand, der derzeit unter Vorschützung fadenscheiniger Gründe in Stuttgart-Stammheim festgehalten wird. Das Unterdrückerregime dreht offenbar völlig durch. Der IT-Unternehmer wird von der deutschen Regierung und Monopolkonzernen mit antisemitischen Klischees belegt: Er sei mit Monarchisten im Bunde, »geldgierig«, habe überall »Kontakte« und sei »trickreich«. Ballweg hat sich zuletzt beim TV-Format »Apolut im Gespräch« erklärt (*apolut.net*). Seine Inhaftierung ist politisch motiviert. Doch sie verhilft der Demokratiebewegung zu immer weiterem Wachstum, auch wenn Ballweg mit seinem brillanten Organisationstalent großer Bühnen fehlte.



Berlin, 1. August 2022: Feierliche Wiedervereinigung von Demokratiebewegung und Montagsspaziergängern auf dem Gendarmenmarkt.
Foto: DW/Georgi Belickin



Foto: WirSindViele.Berlin

PFLEGER, SCHWESTERN, ÄRZTE STEHEN AUF – DER MITTWOCH

2.300 Menschen zogen laut »Wir sind Viele« am Mittwoch zur Charité und dem Gesundheitsministerium, um gegen die Impfpflicht für medizinisches Personal zu protestieren. Teilnehmer trugen Hemden mit der Aufschrift »Ich bin Pfleger und kein Versuchskaninchen.« Auf Schildern war zu lesen: »mRNA bald in allen Impstoffen?«, »Nein zur Impfapartheid, Hände weg von unsern Kindern«, »Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Impfen zur Pflicht« oder »Nürnberger Kodex – An die Impfärzte: Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich«.

Die Auftaktkundgebung des medizinischen Personals, der Feuerwehr und der Notretter hatte unter sengender Sonne vor dem Reichstag stattgefunden. »Die jungen Leute, die in Deutschland an Corona verstorben sind, sind wegen unterlassener Hilfeleistung gestorben«, erklärte die Präparatorin am pathologischen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München, die durch ihr sogenanntes Wut-Video bekannt geworden war, Samira. »Denn kein Krankenhaus, kein Arzt wollte die sehen, kein Rettungsdienst transportieren. Der Gesundheitssektor traut sich nicht über Nebenwirkungen und Todesfälle zu sprechen. So weit sind wir in Deutschland schon. Viele Menschen trauen sich nicht mehr, sich frei zu äußern.«

Bei der Zwischenkundgebung vor der Charité schlug der Immunologe Dr. Kay Klapproth ähnliche Töne an: »Wenn es in diesem Land wieder Mut verlangt, für seine Überzeugungen einzustehen, dann ist es höchste Zeit Widerstand zu leisten. Wenn Meinungsfreiheit wieder zur Gefahr erklärt wird, ist es höchste Zeit für jeden, seine Meinung wieder offen auszusprechen. Die Freiheit unterschiedliche Positionen zu vertreten, ist auch die Basis für eine freie Wissenschaft, wie wir sie einmal hatten. Ich bin Immunologe, ich bin natürlich kein Impfgegner, ich halte aber nur solche Impfungen für sinnvoll, die uns dauerhaft vor Erkrankungen schützen und dabei unsere Gesundheit nicht gefährden. Niemand hätte früher gewagt, solche Präparate (wie die Covid-Substanzen, Red.) überhaupt als Impfstoffe zu bezeichnen.« Der bereichsbezogene Impfzwang könne nicht zweckmäßig sein, weil schon als diese beschlossen wurde, Studien belegten, dass es keinen Fremdschutz gibt, also dass Geimpfte Viren ausscheiden und andere sehr wohl andere anstecken können.

Vor dem Gesundheitsministerium rief die Menge: »Lauterbach muss weg.« Zurück am Reichstag leitete der Musiker Bustek von der Gruppe Rapbellions die Abschlusskundgebung mit den folgenden Worten ein: »Ich trete vor Helden auf, vor Menschen, die teilweise ihren Job verlieren, weil sie eine eigenständige Entscheidung treffen wollen, die auch nur sie selber was angeht.«

AM SAMSTAG IM BERLINER MAUERPARK

Die Woche der Demokratie war zu Redaktionsschluss noch nicht beendet. Im Zuge des Friedensfestes im Mauerpark am Samstag in Berlin ab 14 Uhr werden Vertreter der aktuellen Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand und des Verlages das Richtfest für die Erneuerung der *Online*-Seiten *demokratischerwiderstand.de* feierlich begehen. Dies, nachdem ein besonderer Held der Demokratie nach seinem Geburtstag geehrt werden wird: Der Berliner Captain Future von der Freedom Parade. (Red. mit Material von *WirSindViele.Berlin* und *Apolut.net*).



Die Abstimmung des anwesenden deutschen Volkes mit DW-Herausgeber Anselm Lenz.
Foto: WirSindViele.Berlin

Scotch & Sofa

oder: Über die Zerstörung einer beruflichen Existenz. | Von Hannes Henkelmann

Während der Woche der Demokratie treffe ich in Berlin Herrn Pohlen. Wir sprachen über eine Bar, zwei Parteigründungen und 18 Monate ohne Grundsicherung.

Stellen Sie sich bitte kurz vor!
Mein Name ist Sören Pohlen, ich bin ledig und ehemaliger Besitzer der Cocktailbar Scotch & Sofa in Berlin, Prenzlauer Berg. Meine Mutter ist leider verstorben, zu meinem Vater habe ich keinen Kontakt. Ebenso wenig zu meinen drei Brüdern. Für die bin ich ein Nazi, weil in meiner Bar die Partei »Scotch&Sofa Team Freiheit« gegründet worden sei.

Wie sind Sie als Gastronom mit den Corona-Maßnahmen klargekommen?
Gar nicht. Ich stand den Maßnahmen von Anfang an sehr kritisch gegenüber, hätte nie vermutet, dass es jemals in Deutschland so weit kommen könnte. Meine Gäste füllten ihren Nachweis bei mir aus, sie wollten es so, aber ich flehte sie immer an, um Gottes Willen nicht ihren richtigen Namen einzutragen. Ich schlug ihnen Donald Duck oder Ähnliches vor. Jedes Wochenende bekam ich dann Besuch von den Faschisten des Ordnungsamtes und der Bundespolizei. Diese sahen sich, ohne vorher zu fragen, die ausgefüllten Unterlagen an. Bis ich einmal einschritt, es ihnen untersagte und ihren Ausweis verlangte. Sie drohten mir daraufhin mit weiteren Kontrollen, während alle in meiner direkten Nachbarschaft liegenden Kneipen keinerlei Kontrollbesuche bekamen.

Kommen wir auf die Parteigründungs-Veranstaltung zu sprechen. Was hat sich dort zutragen?
Die beiden Mitglieder des Corona-Ausschusses, Rainer Füllmich und Viviane Fischer, kamen mit der Idee um die Ecke, in meiner von den Maßnahmen hart betroffenen Bar eine Partei zu gründen.



Trotz Vernichtungskampagne: Sören steht mit stolzer Brust zu seiner Haltung und lässt sich von Faschisten nicht einschüchtern. *Foto: Hannes Henkelmann*

Sie wollten so auf die schreckliche Situation der Barbesitzer und der Menschen an sich aufmerksam machen. Diese Art der Veranstaltung sollte später mit anderen Barbesitzern regelmäßig wiederholt werden. Jeder Bürger darf nämlich jederzeit, ohne Genehmigung, einen Verein, eine Partei gründen. Das ist im Grundgesetz so verankert. Das ist unser demokratisches Recht. Am Abend der Parteigründung kam aber bekanntermaßen alles anders. Die faschistoide Staatsmacht mischte alles mit brutaler Gewalt auf. Draußen auf der Straße waren zudem die bezahlten Schläger der Antifa präsent und skandierten pausenlos ihre Hetzparolen. Es kam zum Abbruch.

Kurze Zeit später gab es einen zweiten Versuch. Wie lief der Abend ab?
Dieser Versuch die Partei »Scotch&Sofa Team Freiheit« zu gründen, lief ruhiger ab, da er angemeldet war. Die Polizei schützte uns vor den erbosten Gutbürgern und sogenannten Antifaschisten, die sich vor der Tür versammelt hatten. Es kam dennoch zu verbalen Auseinandersetzungen und letztendlich konnte die Parteigründung nicht zur Gänze vollzogen werden, weil die Polizei uns ständig unter Zeitdruck gesetzt hatte.

Wie ist es mit Ihnen und Ihrer Bar weitergegangen?
Ich erhielt telefonisch Morddrohungen und über *Social Media* startete eine Vernichtungskampagne gegen mich, die ihresgleichen suchte. Auf Twitter/ Instagram stand unter meinem Foto: Dieser Nazi beherbergt Nazis. In den Tagen danach wurde ich vom Vermieter gekündigt, meine Fenster wurden mit: *»Kauf nicht beim Nazi, Impfen ist Liebe«* et cetera beschmiert. Wochen später, die Bar war schon geschlossen, wurden noch alle Scheiben eingeschlagen. Die Polizei zeigte leider keinerlei Interesse an der Aufklärung der Tat.

Wie geht es Ihnen heute?
Obwohl ich meine Bar und damit meinen Traumberuf schon vor 18 Monaten aufgegeben habe, bekomme ich dennoch ständig Post von gefühlt sämtlichen Gerichten und Ämtern Berlins. Die Gewerbe- und Schankerlaubnis wurde mir in Berlin auf Lebenszeit entzogen. Ich musste mich im März 2021 im Zuge der Insolvenz arbeitslos melden, aber die Ämter verweigern mir bis heute selbst die Grundsicherung. All das erfolgt mit fadenscheinigen Begründungen, die mich fatal an die Zeiten in der DDR erinnern. Deswegen engagiere ich mich übrigens auch in der Partei: dieBasis. Allen Mitbürgern sollte bewusst sein, dass die Institutionen, die mich wissentlich falsch und unmenschlich behandelt haben, sprich alle Ämter, LKA, Verfassungsschutz, Gerichte, Polizei und auch die sogenannte Antifa, unter staatlicher Kontrolle agieren. Die LKA-Beamten, die mir damals in meiner Bar offen drohten, beobachten mich weiterhin auf jeder Demo, sprechen mich bewusst mit Namen an und fragen mich grinsend, wie es meiner Bar gehen würde. Aber damit jagen sie mir keine Angst ein.

Dieser faschistoide Staat möchte, dass ich aufgebe, aber den Gefallen tue ich ihnen nicht. Ich werde trotz dieser widerlichen Versuche, mich zu zerstören, nicht aufhören, für meine demokratischen Grundrechte und meine Freiheit zu kämpfen. Und das ist auch mein Appell: Gebt niemals auf, auch wenn das viele Entbehrungen mit sich bringen mag. Nur so könnt ihr weiter jeden Abend mit reinem Gewissen in den Spiegel schauen.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

MIT DEM HERZEN DABEI

Liebes DW-Team, auf diesem Wege möchte ich mich endlich einmal bei euch bedanken: für eure Ausdauer, Aufrichtigkeit, Liebe, euren Mut und euren Kampfgeist. Bitte macht weiter, gebt niemals auf! Wir brauchen euch zum Durchhalten und um nicht in diesem Wahn- und Irrsinn zu verzweifeln.

Ich werde (wie seit circa einem Jahr schon) eure Zeitung weiter fleißig verteilen und mit meinem Mann regelmäßig zu den Montagsspaziergängen in unserer Nachbarschaft gehen, um für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Meinen Minijob kündigte ich vor drei Monaten, um meine Gedanken, Gefühle und Visionen in die Tat umzusetzen und gegen den faschistischen Irrsinn hier in Deutschland auf meine Art zu kämpfen. Seitdem fühle ich mich etwas befreiter, zufriedener und glücklicher. In den letzten zwei Jahren waren wir zwei Mal in Berlin (mein Mann drei Mal), in Kassel, in Stuttgart, in Leipzig und fast jedes Wochenende auch bei regionalen Demos.

Dieses Mal sind wir aus gesundheitlichen Gründen nicht körperlich in Berlin dabei – aber geistig. Das heißt: mit unserem Verstand und vor allem mit unseren Herzen. Wir wünschen allen aufrichtigen Menschen in Berlin schöne Tage mit viel Lebensfreude und Gemeinsamkeit! Herzliche Grüße.

– Inge und Wolfgang Sch.

ALLES GEHT SO WEITER

Liebe Freunde vom Demokratischen Widerstand. Seit Beginn dieser verbrecherischen Aktion gegen die Weltbevölkerung weigere ich mich konsequent, diesen aufgezwungenen Blödsinn mitzumachen. Ich bin weder getestet noch geimpft, und ich habe noch nie eine Maske getragen. Trotzdem war ich in den letzten zwei Jahren nicht an irgendeiner Atemwegserkrankung erkrankt. So viel zur Pandemie.

Es gibt so viele pflanzliche und biochemische Mittel gegen Viren und Bakterien. Der Michel sollte sich nur mal kundig machen. Zum 1. August 2022: Ich hoffe und wünsche eine Riesenbeteiligung und Erfolg auf der ganzen Linie, denn die Zeit drängt.

Die jetzigen Machthaber müssen schleunigst abtreten, bevor sie unser Land noch völlig ruiniert haben. Aber was werden sie tun? Erstens: Die Demo ignorieren, egal ob 500 oder fünf Millionen Teilnehmer.

Polizei in der Eisdiele, auf dem Sportplatz oder schlafend im Auto. Die Medien geben dann wieder die niedrigsten Zahlen an. Oder zweitens: Masseneinsatz von Polizei und »Ähnlichen« gegen friedliche Menschen aller Altersgruppen mit Verletzten und Verhafteten.

Und das Ende vom Lied? Alles geht so weiter wie bisher. Aber ich sperre mich weiter gegen jetzige und künftige »Verordnungen«. Mit freundlichen Grüßen.

– Hans Steffen R.

AUF DEM SCHIRM

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Die lauteste Kriegstrommel in Berlin

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag Marie-Agnes Strack-Zimmermann treibt Deutschland mit männlich-herber Entschlossenheit in den Krieg. | Von Hermann Ploppa

Der Ukraine-Krieg macht Frau Marie-Agnes Strack-Zimmermann mit einem Schlag berühmt. »Shootingstar und Nervensäge« – so titelt die Tagesschau einen Kommentar über die FDP-Politikerin und ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin von Düsseldorf.

Strack-Zimmermann ist allgemein präsent mit ihrem virilen Outfit, das entfernt an preußische Monarchen erinnert. Ihre Sprache ist stählern und lässt Assoziationen wach werden an Frontberichte der Ufa-Tonwoche im letzten Weltkrieg: »Deutschland muss hier die von seinen westlichen Partnern geforderte Führungsrolle in Europa übernehmen und entschieden und mutig ohne Zweifel vorangehen.« Mutig ohne Zweifel lädt Strack-Zimmermann Bundeskanzler Scholz vor ihr Gremium, den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Dieser Ausschuss ist ihre Machtbasis. Hier will sie jenen Schlappschwanz Scholz vorführen.

Schon im Vorfeld dieser Zwangsanhörung qualifizierte sie, ohne Namen zu nennen, den Kanzler als Fehlbesetzung: »Wir haben zu führen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch. Und für die, die diese Rolle nicht annehmen wollen, sage ich, dann sitzen Sie möglicherweise im falschen Moment am falschen Platz.« Zuvor war Strack-Zimmermann bereits mit dem Grünen Anton Hofreiter und dem SPD-Abgeordneten Michael Roth in die Ukraine gereist, um zu eruieren, was man in der Ukraine so an schwerem Geschütz benötigt. Schließlich, so weiß Strack-Zimmermann zu berichten, vergewaltigten die Russen die ukrainischen Frauen. Zum Glück habe aber die Ukraine bereits 5.000 wehrhafte Kriegerinnen rekrutiert. Das reicht aber natürlich nicht aus. Dieser Krieg wird noch lange dauern, weiß die Düsseldorferin. Und wenn die wackeren Ukrainer die zunehmenden Attacken der Russen parieren sollen, dann muss Deutschland sich bewegen.

OHNE ZWEIFEL UND GEWISSEN

Kaum war Strack-Zimmermann wieder aus der Ukraine zurück, da forderte sie bereits in ihrer forschen Art ein nationales Ukraine-Gremium mit eigenem Aufpasser im Kanzleramt. Hier sollen neben Bundesregierung, Parlamentariern, Rüstungsindustriellen, Gewerkschaftlern auch Angehörige der Bundeswehr den deutschen Krieg gegen Russland mutig und ohne Zweifel in Angriff nehmen. So richtig in die deutsche Interessenlage passt das nun eigentlich nicht, sich in eine unfruchtbare Konfrontation mit der Nuklearsupermacht Russland zu begeben. Über die vernichtenden wirtschaftlichen Rückschläge einer Anti-Russlandpolitik haben wir ja im Demokratischen Widerstand bereits ausführlich berichtet. Doch kriegerische Scharfmacher können Karriere machen und den delikaten Tanz auf rohen Eiern massiv stören.

Denn hinter Frau Strack-Zimmermann agiert eine starke Gemeinschaft. Die Presse in diesem Lande kooperiert eng mit der Rüstungsindustrie. Die Süddeutsche Zeitung zum Beispiel unterstützt die Münchner Sicherheitskonferenz und viele Leittiere der deutschen Journalistenszene sind Mitglieder in Rüstungslobbyvereinen. Diese Leute sind immer bereit, eine Persönlichkeit massiv zu unterstützen, die laut und frech genug ist, den Friedenskonsens in der Öffentlichkeit aufzumischen.

Und Strack-Zimmermann kommt keineswegs aus dem Nichts. Ihr fehlte nur der Anlass, in das Scheinwerferlicht geschubst zu werden. Schon in ihrer Düsseldorfer Zeit pflegte sie gute Kontakte zum dort ansässigen Rüstungskonzern Rheinmetall. Nachdem Strack-Zimmermann zuvor 20 Jahre als Vertreterin eines Jugendbuchverlages von Buchladen zu Buchladen tingeln musste, kann sie sich jetzt als Vertreterin ganz harter Kriegsware so richtig verwirklichen.

Das Harte liegt ihr eher als das Weiche. So nimmt es nicht Wunder, dass wir die stählerne Dame im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik erblicken. Chef ist dort Claus Günther, zuvor lange Jahre Direktor des Rüstungskonzerns Diehl Defense. Hier handelt es sich nicht um einen Kaninchenzüchterverein aus Posemuckel. Bei den sogenannten Parlamentarischen Abenden treffen sich Persönlichkeiten aus Politik und Rüstungsindustrie zum netten Gespräch. Derselbe Personenkreis trifft sich auch ganz zwanglos in Brüssel.

DAS NETZWERK DER KRIEGSTREIBER

Richtig wichtig wird es dann bei Gesprächsrunden im Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) oder sogar zweckmäßigerweise gleich im eigentlichen Nato-Hauptquartier im belgischen Mons. Im Präsidium ist unsere Freundin auch beim Förderkreis Deutsches Heer, einem ungeschminkt als »Lobbyverein der deutschen Rüstungsindustrie« marschierenden Club. Dort ist Frank Haun Vizepräsident.

Haun war lange Zeit CEO bei Krauss-Maffei Wegmann und Haun hat auch die Fusion von Krauss-Maffei mit dem französischen Rüstungskonzern Nexter auf den Weg gebracht. Und auch hier sehen wir wieder, wie Personen als Scharniernetzwerker aktiv sind. Denn Haun agiert auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz und im Board of Directors beim Atlantic Council. Doch unsere Heldin ist zudem noch Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Es handelt sich hier um ein Organ der Öffentlichkeitsarbeit der Nato, einer Filiale der Atlantic Treaty Association. Zudem finden wir Strack-Zimmermann im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Hier erhalten Politiker von Bund und Ländern, die vorankommen wollen, ihre transatlantische »Weiterbildung«. Die BAKS ist dem Bundessicherheitsrat untergeordnet, der unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers über Rüstungsexporte in Länder wie zum Beispiel Saudi-Arabien meistens positiv entscheidet.

Die Repräsentanten der Rüstungslobby, die diesem Stall entstammen, sind allerdings meistens farblose Langweiler. Da jubeln alle auf, wenn dann eine derart tabubrechende Großschnauze wie Strack-Zimmermann kein Fettnäpfchen auslässt, um allgemeine Aufregung und damit verbunden optimale Klickzahlen zu generieren. Sozusagen eine Wiedergeburt von Maggie Thatcher ohne Damentasche. Und so trommelt Strack-Zimmermann für die heldenhafte Panzerhaubitze 2000 aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann im Einsatz für die Ukraine.

LUKRATIVE GESCHÄFTE: ENTSORGUNG UND AUFRÜSTUNG

100 Haubitzen sollen dem Iwan das Fürchten lehren. Bis jetzt haben es sieben dieser Knalltüten zum Einsatz in der Ukraine gebracht – mit zweifelhaftem Erfolg. Denn die ukrainischen Haubitzen-Schützen beklagen sich bitter, dass die PzH 2000 schon nach 100 Schüssen schlappmacht. Dabei hatte sich Strack-Zimmermann zunächst »überrascht« gezeigt, dass die Ukrainer sich so gut in die Haubitze einarbeiten konnten. Doch nun wollen die deutschen Ausrüster eine Werkstatt in Polen einrichten, um den Haubitzen-Rohrkrepierer schnell wieder flott zu machen.

Die westliche Wertegemeinschaft pirscht sich tatsächlich eher zaghaft an den Krieg gegen Russland heran. Im ersten Schritt zur Aufrüstung der Ukraine hat ein so genannter »Ringtausch« stattgefunden: Die ehemaligen Mitgliedsstaaten des Sowjetblocks wie Polen schenken ihre alten T-72-Kampfpanzer den ukrainischen Waffenbrüdern und sollen selber dafür neuere Panzer aus deutscher Fertigung erhalten. Nun sind die Polen sauer, weil sich die deutschen Ausrüster mit der Lieferung Zeit lassen. Genervt twittert Strack-Zimmermann, man könne sich doch die Ersatzpanzer nicht mal eben so »aus den Rippen schneiden«. Kritik an der kümmerlichen Performance des Westens kann die virile Dame nicht gut aushalten.

Vom Handelsblatt gefragt, ob das so eine gute Idee sei, wenn die Bundeswehr ihren »Schrott« nach Osten weiterreiche, antwortet Strack-Zimmermann: »Von ›Schrott‹ zu sprechen ist zynisch. Alles was wir in die Ukraine liefern, ist einsatzbereit und sehr wirkungsvoll. Diese ganze Diskussion ist nicht hilfreich und lenkt von unserer eigentlichen Aufgabe ab, nämlich unbedingt an der Seite der Ukraine zu stehen.« Typisch Politikerin und Staubsaugervertreterin zugleich: möglichst schnell von der Sache ablenken und den Frager moralisch zur Raison rufen. Darum heißt ihr Morgenappell: »Die Amerikaner erwarten, dass Deutschland in Europa seine Rolle findet!«

Darum: die Rüstungsindustrie muss mithilfe des 100-Milliarden-Sondervermögens ihre Kapazitäten, die nach dem Ende des Kalten Krieges leider runtergefahren wurden, wieder hochfahren. Wir müssen uns »schleunigst Gedanken machen« für die weitere Aufrüstung im Herbst. Denn der russische Außenminister Sergej Lawrow hat ja erst vor kurzem gesagt, man wolle das Staatsgebiet der Ukraine »vernichten« und einen Regimewechsel erzwingen. Wie schön, dass uns Agnes Marie Strack-Zimmermann so gut auf Trab bringt. Rohre frei!



Marie-Agnes Strack-Zimmermann: In der Kriegsdebatte gibt sie den Takt vor. *Illustration: DW/Ute Feuerstacke*

MELDUNG

SCHAMLOS AUSGENUTZT

Berlin/DW. Dem global auftretenden Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé wird vom Lebensmittelhandel vorgeworfen, die Inflation zu nutzen, um schamlos immer noch weitere Preissteigerungen draufzuschlagen. Während der Umsatz der Händler im April 2022 um 7,7 Prozent zurückging, konnten die Hersteller im gleichen Zeitraum ein Umsatzplus von 22,5 Prozent verbuchen. Das Umsatzplus stammt aus höheren Preisen. Nestlé-Chef Mark Schneider vermeldet »starkes organisches Umsatzwachstum und einen deutlichen Anstieg beim zugrunde liegenden Gewinn je Aktie«. Rewe-Einkaufschef Hans-Jürgen Moog im *Handelsblatt*: »Einige Großkonzerne haben offenkundig die Kundenorientierung über ihre fast schon scham- und konzeptlos anmutenden Forderungen aus den Augen verloren.« (hpl)

ZEHN MILLIARDEN STEUERGESCHENK

Berlin/DW. Früher war der US-amerikanische Hersteller von Computer-Halbleitern Intel Weltmarktführer. Doch das ist lange her. Längst produziert TSMC in Taiwan billiger und besser. Allein im zweiten Quartal dieses Jahres ging deshalb der Umsatz von Intel-Produkten um 20 Prozent zurück. Nun will Intel insgesamt 20 Milliarden Euro in neue Fertigungsstätten und Entwicklungslabore in Europa investieren. Doch zehn Milliarden vom Gesamtbetrag sollen von der Europäischen Union und den nationalen Regierungen als »Subventionen«, de facto also Geschenke, an Intel spendiert werden, um »von Asien unabhängig zu werden«. Intel-Europachef Frans Scheper kann sich angesichts der geopolitischen Situation gute Chancen ausrechnen, die Steuergeschenke zu erhalten. (hpl)

SCHLÜSSELINDUSTRIE DEUTSCHLANDS BRICHT EIN

Flensburg/DW. Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) wurden weniger Neuzulassungen bei Fahrzeugen verzeichnet. Seit Jahresbeginn sei der Absatz um knapp elf Prozent gesunken. Der Münchner Autohersteller BMW gehört hierbei zu den größten Verlierern und korrigiert nun seine Verkaufsziele. Von Dienstag auf Mittwoch verlor die BMW-Aktie knapp sechs Prozent an Wert. Lediglich die Luxusmarke Porsche konnte höhere Umsätze verbuchen. Ein Indikator, der zusätzlich vor Augen führt, dass die gezielte Zerstörung der deutschen Wirtschaft im Besonderen den Mittelstand und die Lohnabhängigen trifft. Eine Steigerung des Absatzes bei Luxusautos zeigt deutlich, dass nur die Wohlhabenden von der volksverachtenden Politik der letzten Jahre profitiert haben. (ber)



Widerständler sehnen sich nach echter Demokratie mit fähigen Volksvertretern und imperativem Mandat. Foto: Georgi Belickin

Unser Gas ist schon in Polen

Angeblich sind deutsche Gasspeicher leer, weil der böse Putin uns den Hahn abgedreht hat. Tatsächlich wurde das russische Gas für Deutschland in polnische Speicher umgeleitet. | Von Hermann Ploppa

Da werden in der deutschen Presse Horrorvisionen über einen kalten Winter ohne Gas in den Heizkörpern und Industrieöfen gezeichnet. Tatsächlich sind die Gaspreise durch die Decke geschossen. Deutsche Unternehmen fahren deshalb die Produktion drastisch herunter. Und ausgerechnet grüne Spitzenpolitiker erwärmen sich plötzlich für Stein- und Braunkohle. Sogar Atomkraftwerke sind jetzt bei Grünen angesagt (siehe DW 99).

Begründet wird dieser Salto rückwärts mit dem Ukraine-Krieg und damit, dass Putin die Gaslieferungen nach Deutschland drosseln würde, um Deutschland in die Knie zu zwingen oder um die bislang gesperrte *Pipeline* Nord Stream 2 endlich ans Netz zu bringen. Augenblicklich sind die deutschen Gasspeicher zu zwei Dritteln gefüllt – was für diese Jahreszeit nicht eben ungewöhnlich ist.

Dennoch gibt es keinen Plan, wie die Speicher für den kommenden Winter gefüllt werden können. Die *Terminals* für amerikanisches *Fracking*-Gas existieren einstweilen nur auf dem Papier. Und afrikanisches Erdgas ist noch in weiter Ferne. Dass Deutschland beim Gas buchstäblich auf dem Schlauch steht, dafür tragen in Wirklichkeit skrupellose Gashändler und eine korrumpierte deutsche Regierung die alleinige Verantwortung. Denn das russische Gas, das für deutsche Verbraucher fest eingeplant war, wurde bereits seit Weihnachten 2021 an Polen weiter verkauft! Wieso an Polen? Nun, Polen hat eigentlich bis zum Jahresende noch einen Abnahmevertrag mit der russischen Gazprom. Da sich Polen aber nach dem Westen hin orientieren will, wurde nun schon seit Ende 2021 kein russisches Gas mehr in Polen abgenommen. Die polnische Regierung hofft darauf, dass ab dem 1. Oktober dieses Jahres norwegisches Erdgas über das Netz Baltic Pipe in polnische Haushalte geschleust wird.

BUNDESREGIERUNG LÄSST SCHMUTZIGE DEALS ZU

Um die Zeit bis zum Oktober zu überbrücken, kaufte Polen russisches Erdgas über deutsche Spotmärkte. Das Gas strömte also zuerst über polnisches Territorium nach Deutschland, wurde hier gelagert, um dann komplett wieder nach Polen zurückzuströmen. Aus der Sicht deutscher Händler an den Spotmärkten ein Supergeschäft mit astronomischen Gewinnspannen. Und ein Verbrechen gegen die deutsche Wirtschaft und die deutschen Verbraucher. Die Bundesregierung hätte diese schmutzigen *Deals* als Vertreter des Gemeinwohls energisch unterbinden müssen. Was aber nicht geschehen ist. Nun fehlt das russische Gas, das für Deutschland bestimmt war und weiter nach Polen verhökert wurde, an allen Ecken und Enden.

Die gleichgeschaltete *Mainstream*-Presse hält still. Nichts ist von diesem himmelschreienden Versagen zu lesen. Stattdessen wird mit dem Finger auf die Ausbesserungsarbeiten durch die Gazprom an der *Pipeline* Nord Stream 1 gezeigt. Unabhängig von dem eklatanten Ausverkauf von deutschem Gas an Polen werden die Forderungen immer lauter, jetzt doch endlich Nord Stream 2 für den deutschen Bedarf zu öffnen.

Bürgermeister auf der Ostseeinsel Rügen haben diese Forderung in einem offenen Brief an die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig und an den grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck gerichtet. Auch Klaus Ernst von der Partei Die Linke sowie AfD-Abgeordnete haben sich dieser Forderung angeschlossen. Doch die Ampelkoalition hält eisern an ihrem Suizid-Kurs fest. Wie Reinhard Mey dereinst schon textete: »Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff!«



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Reformen reichen nicht mehr

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

35 Milliarden Euro, 100 Fälle – nein, es geht nicht darum, ins Trudeln geratenen mittelständischen Unternehmern endlich praktikabel aus der Krise zu helfen, nein, es geht um Cum-Ex, den größten Steuerraub der deutschen Geschichte.

Dass unser Bundeskanzler da mitten drin steckt, ist auch eine Tatsache, die wohl dazu führt, dass es so gut wie keine politische und juristische Aufarbeitung gibt. Im Gegenteil: Klare Hinweise wurden jahrelang ignoriert. Seit neun Jahren wird ermittelt, von 100 Verfahren sind drei abgeschlossen. Der Staat wird vorgeführt, die Politik hat kein wirkliches Interesse an Aufklärung oder gar an Vermeidung. Den 99 Prozent scheint das egal zu sein, Scholz und seine Komplizen meinen es schließlich mindestens so gut mit uns wie auch schon Angela Merkel, Gerhard Schröder und auch Helmut Kohl. Wir sollten nie vergessen: Alle haben sie fleißig Klaus Schwab die Hand geschüttelt.

Passend dazu ist der Steuerzahler-Gedenktag dieses Jahr auf den 13. Juli 11:28 gefallen. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir alle gemeinsam unser Einkommen durch Steuern und Abgaben an öffentliche Kassen abgeführt. Das ergibt eine Einkommensbelastungsquote von circa 53 Prozent. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Von jedem Euro bleiben im Schnitt 47 Cent übrig. Zum Vergleich, 1960 fiel dieser Tag noch auf den 1. Juni, 1970 auf den 14. Juni, 1980 auf den 9. Juni, 1990 auf den 30. Juni. Wo werden wir in zehn Jahren stehen, wo in 20? Hier wird der schleichende Vermögensabbau, die schleichende Enteignung ganz besonders deutlich.

Aber nein, auch hier kein Aufschrei, kein Widerstand der 99 Prozent. Ganz im Gegenteil: Habeck, Baerbock, Heil, Scholz und Özdemir sind auch im Juli ungebremst die Spitzenreiter, was Umfragewerte anbelangt. Der mittelständische Wohlstand wird systematisch und kreativ vernichtet, dabei völlig sinnfreier, einseitiger Verzicht gepredigt, geschickt verpackt in die Themen Corona und Ukraine, alles für die Gesundheit und den Frieden.

Es reicht nicht, einen steuerpolitischen Kurswechsel zu fordern, das hören wir doch schon seit Jahrzehnten. Nein, endlich weg von den Medien, hin zur Wahrheit. Widerstand und Wandel »Made in Germany«!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Demokratiebewegung ist gleich Friedensbewegung. *Foto: Georgi Belickin*

DER KRIEG WIRD DRECKIGER

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland eine *Militäroperation* in der Ukraine durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Hier werden die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.

Die ukrainische Armee beschießt immer wieder Wohngebiete in der Donezker Volksrepublik (DVR). Dabei kommt es auch zu zivilen Opfern, unter anderem Kinder, die getötet oder verwundet werden. Bei einem erneuten Beschuss auf Wohngebiete in Donezk ist zudem ein Treibstofflager im Bezirk Budjonnowski in Flammen aufgegangen und brannte für acht Stunden lichterloh. Nach ersten Untersuchungen setzte die ukrainische Armee dabei das von den USA gelieferte Waffensystem HIMARS ein.

KINDER- UND VÖLKERMORD

Aufgrund des ständigen Beschusses hat die DVR anlässlich eines Gedenktages für die bei Kriegshandlungen ums Leben gekommenen Kinder den Westen dazu aufgefordert, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen. Den Aufruf veröffentlichte die DVR-Menschenrechtsbeauftragte Darja Morosowa in einer Erklärung am 27. Juli auf ihrem Telegram-Kanal: »Der Gedenktag für die Kinderopfer des Krieges im Donbass ist nicht nur ein Gedenktag. Es ist unser Aufruf an die Welt: Wacht auf! Unsere Kinder werden ermordet! Und ihr, die ihr die Augen davor verschließt und weiterhin Waffen an die Ukraine liefert, macht euch zu Komplizen ungeheuerlicher Verbrechen!«

Weiter hieß es: »Seit acht Jahren schlafen wir ein und wachen mit Angst um unsere Kinder und ihre Zukunft auf. Acht Jahre lang haben wir sie verzweifelt vor den Gefahren geschützt, die jede Minute auf sie lauern. Sie aber wurden zu früh erwachsen: Sie haben gelernt, nach dem Gehör zu erkennen, welche Waffen die Kiewer Kämpfer abfeuern. Und mit gebrochenem Herzen trauern sie um ihre Spielkameraden, wenn sie für immer im Getöse des Krieges verschwinden.« Zudem sprach Morosowa von einem Völkermord durch die ukrainischen Behörden.

BEWEISMITTEL WERDEN VERNICHTET

Am 29. Juli wurde auch das Kriegsgefangenenlager in Jelenowka mit einem HIMARS-Raketensystem beschossen. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow teilte mit, dass von den 193 Gefangenen nur 50 unverletzt seien. Mindestens 50 sind bei dem Angriff gestorben. Bei den Insassen handelt es sich überwiegend um Mitglieder des Asow-Bataillons.

Der Duma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin erklärte, dass Washington und Kiew auf diese Weise Zeugen ihrer Kriegsverbrechen beseitigen wollen. Am Tag vor dem Angriff veröffentlichte der russische Reporter Andrei Rudenko ein Interview mit einem der gefangenen Asow-Kämpfer, in dem dieser aussagte, Selenskyj selbst habe Gräueltaten angeordnet. Dies würde auch bei einem Prozess zur Sprache kommen. Kiew beschuldigt unterdessen Russland, für den Angriff verantwortlich zu sein.

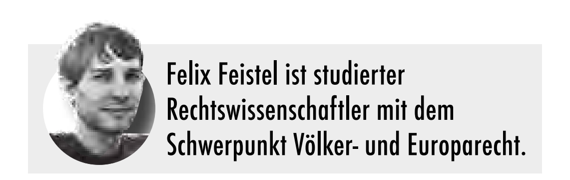
Euronews, das in Russland aufgrund von westlicher Propaganda gesperrt ist, berichtete am 22. Juli, dass Tausende von Ukrainern in die von Russland besetzten Gebiete zurückkehrten. 150 bis 200 Fahrzeuge überqueren demnach täglich den einzigen Grenzübergang in Saporischja. Die Menschen kehrten entweder zu ihren Familien zurück, oder seien auf der Suche nach Arbeit, die sie im ukrainischen Teil des Landes nicht finden können.

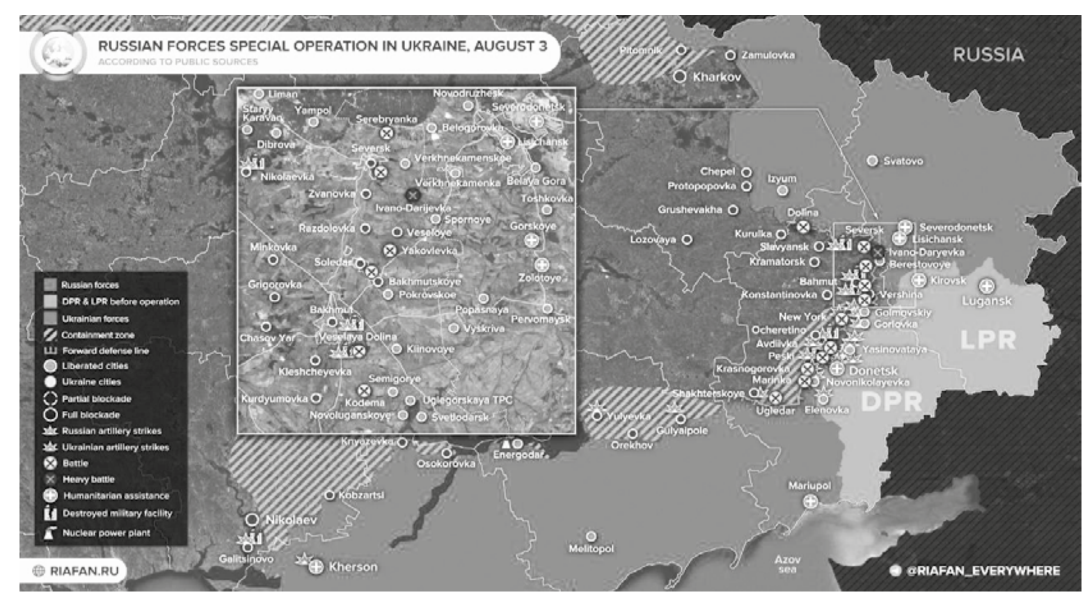
Die ukrainischen Behörden warnen unterdessen vor einer angeblichen Gefahr und lassen weder Waffen noch Treibstoff durch, da dies den russischen Soldaten nützen könne. Wie der stellvertretende Leiter der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik, Eduard Basurin, mitteilte, seien die Warteschlangen an der Grenze sehr lang, sodass die Menschen bis zu 24 Stunden auf den Grenzübertritt warten müssen.

DEUTSCHLANDS SCHROTTWAFFEN

Mittlerweile berichten selbst deutsche Medien vom Versagen deutscher Waffen, die an die Ukraine geliefert worden sind. So schreibt der *Spiegel*, dass deutsche Artilleriegeschütze gut einen Monat nach ihrer Lieferung auszufallen beginnen. Die Geschütze hätten Probleme mit der Feuerrate, denen die ukrainische Armee sie aussetze. Dem Bericht zufolge gelten 100 Schüsse pro Tag als eine intensive Nutzung, die ukrainischen Soldaten feuerten aber weit mehr ab, was den Lademechanismus beschädige. Bei den gelieferten Waffen handelt es sich zumeist um ausgemusterte Technik. Immer wieder wird von versagenden Geschützen und Raketen berichtet, die nicht explodieren. Auch die Gepard-Panzer nützen den ukrainischen Soldaten wenig, da für deren Bedienung eine einjährige Ausbildung erforderlich ist.

Immer wieder gibt es Berichte darüber, dass die ukrainische Armee Zivilisten als Schutzschilde missbraucht, indem sie ihre Geschütze in Wohngebieten stationiert, oder Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten als Stellungen nutzt. Diese Berichte wurden bisher als russische Propaganda abgestempelt. Nun jedoch bestätigt *Welt* diese Vorwürfe in einem *Live*-Bericht aus Karamtorsk, das im Donbass liegt, jedoch noch unter ukrainischer Kontrolle steht. Dort hat die ukrainische Armee im April eine Rakete auf am Bahnhof wartende Menschen abgefeuert.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



Der aktuelle Frontverlauf im Ukraine-Krieg laut dem russischen Sender riafan.ru (Stand 3. August 2022). *Foto: t.me/riafan_everywhere*

ALLES GUTE ZUR 100. AUSGABE, LIEBER DW!

Glückwunsch-Telegramme aus der Demokratiebewegung.

Glückwunsch zur 100. Ausgabe! Und jetzt mit voller Kraft auf die 200!
Ernst Wolff

Liebe DW-Macher, demokratischer Widerstand ist nötiger denn je. Ich lese ihn, wie kaum sonst jemand. Dafür danke ich Euch herzlich und wünsche Euch das beste für die nächsten 100 Ausgaben!
Euer
Paul Brandenburg

Demokratie ~~steht~~ lebt nicht in der Verfassung. Demokratie lebt von den Menschen, die sie jeden Tag verteidigen.
Ralf Ludwig

Solange es Menschen gibt, die aufstehen und sich die Hand reichen, ist nichts verloren und es gibt keinen Grund aufzugeben.
Samira Younes

Werden Verbrecher bekannt, haben Sie ausgespielt: GAME OVER.
Heiko Schöning

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!
Alexander Christ.

POP POP

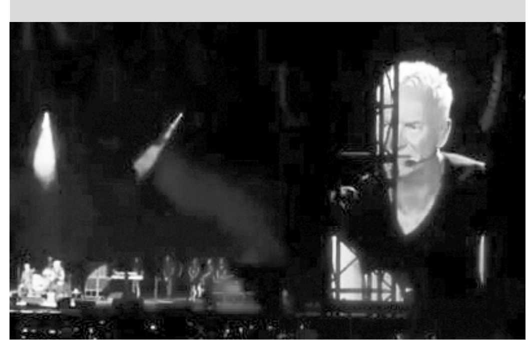
Von Nicolas Riedl



Gecancelt und trotzdem in den Charts – DJ Robin und Schürze. Foto: Summerfield Records.

MIT CANCEL-CULTURE GOLD GEGANGEN

Ganz so, als gäbe es dieser Tage nichts Wichtigeres, wurde im öffentlichen Diskussionsraum eine Sexismus-Debatte bezüglich des »Layla«-Songs von DJ Robin und Schürze entfacht. Vielfach wurde das Ballermann-Lied auf vielen Veranstaltungen gecancelt (abgesagt) oder dann dem Canceln zum Trotz abgespielt. Bei diesem Fall zeichnete sich ab, dass die Akteure der Cancel-Culture mit ihrem Zensurgebahren genau das Gegenteil ihrer Intention erreichen. Denn ein Verbot verleiht dem, was verboten wird, einen gewissen Reiz. So auch bei »Layla«. Ein Song, der sonst die Ballermann-Blase wohl nie verlassen hätte, erklomm infolge der Sexismus-Debatte die Chartspitze und wurde nach Aussagen des Summerfield-Records Mitbegründer Ikke Hüftgold nach dem öffentlichen Verriss doppelt so häufig im Internet abgespielt.



Friedensappelle statt Kriegsgegröle – Sting in Warschau. Foto: Telegram.

STINGS WARNUNG IN WARSCHAU

Der Song »Russians« von 1985 des britischen Musikers und Schauspielers Sting ist leider gut gealtert. Bereits im Kalten Krieg appellierte er an die Menschlichkeit, wies darauf hin, dass es sich bei den Russen um Menschen »wie du und ich« handelt und die Staatsoberhäupter beider Machtblökke stoisch über Leben und Tod von Millionen entscheiden würden. Nun, da ein erneuter Stellvertreterkrieg droht, sich zu einem Flächenbrand auszuweiten, unterbrach Sting am vergangenen Wochenende sein Konzert in Warschau und richtete warnende Worte an seine Zuhörer: »Der Krieg in der Ukraine ist eine Absurdität, die auf einer Lüge basiert. Wenn wir diese Lüge schlucken, wird uns die Lüge auffressen. Die Lüge hat Angst vor der Wahrheit. Die Wahrheit muss gehört werden. Und wir dürfen diesen Kampf nicht verlieren!«



FURCHT UND VERANTWORTUNG

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Rainer Kraus

Furcht zerstört Handeln in Verantwortung. Und verantwortliches Handeln erfordert zwingend den Sieg über die eigene Furcht.

Konsequenz I: Wer immer verantwortliches Handeln untergraben will, muss Furcht produzieren. Die westliche Welt hat sich durch massive politische, mediale und pseudowissenschaftliche Gewaltanwendung in ein Reich der Furcht und Verantwortungslosigkeit verwandelt. Medizin (weiß), Krieg (rot), Ökonomie (schwarz) und Ökologie (grün) sind die Farben dieses Krieges in Offenbarung 6. Danke an alle Wissenschaftler und Fachleute für die Erarbeitung und die mutige Veröffentlichung von harten Fakten!

Und besonderen Dank an die Holocaust-Überlebenden, die sich in ihrem Alter und nach ihrer Geschichte öffentlich zu Prof. Sucharit Bhakdi gestellt haben. Gegen die scheinheilige staatsanwaltliche deutsche (!) Anschuldigung des Antisemitismus!

Konsequenz II: Alle, die solche Waffen infam einsetzen, werden sich schämen müssen. Verantwortung enthält, wie das englische »responsibility«, »Antwort«. Es sind nicht die drei Affen, die Ohren, Augen und Mund bedecken, es sind Menschen, zu oft wir! Wenn Deine Regierung Nachrichtenkanäle und öffentliche Meinungsäußerung sanktioniert, wie wir es nur aus Diktaturen kennen, dann nimm Deine Hände weg!

Konsequenz III: Wer moralisch und upright (aufrecht) leben und wirken möchte, braucht ein Fundament! Dieses Fundament bietet der lebendige Jesus jedem, der Ihn sucht. Er ist der Herrscher der Könige auf Erden (Offenbarung 1,5). Alttestamentliche und neutestamentliche Prophetien reden sehr präzise von unserer und der noch kommenden Zeit. Jesus kannte seinen Todestag, sogar die Tageszeit im Voraus. Gott hatte beides in 2. Mose 12 mehr als 1.000 Jahre vorher exakt festgelegt. Und Er ging, trotz Angst, geradewegs darauf zu – für unsere ewige Errettung! Sein Motiv: unauslotbare göttliche Liebe! Und wir? Für wen? Wie? Welches Opfer? Wir brauchen Jesus in uns! Sprich mal mit Ihm!

Der Autor ist Zahnarzt und lebt in der Nähe von Hamburg. Kontakt: *rain_serv@gmx.de.*

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
corona-studies.org | rubikon.news
corodoks.de | mutigmacher.org
anti-spiegel.ru | apolut.net
multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

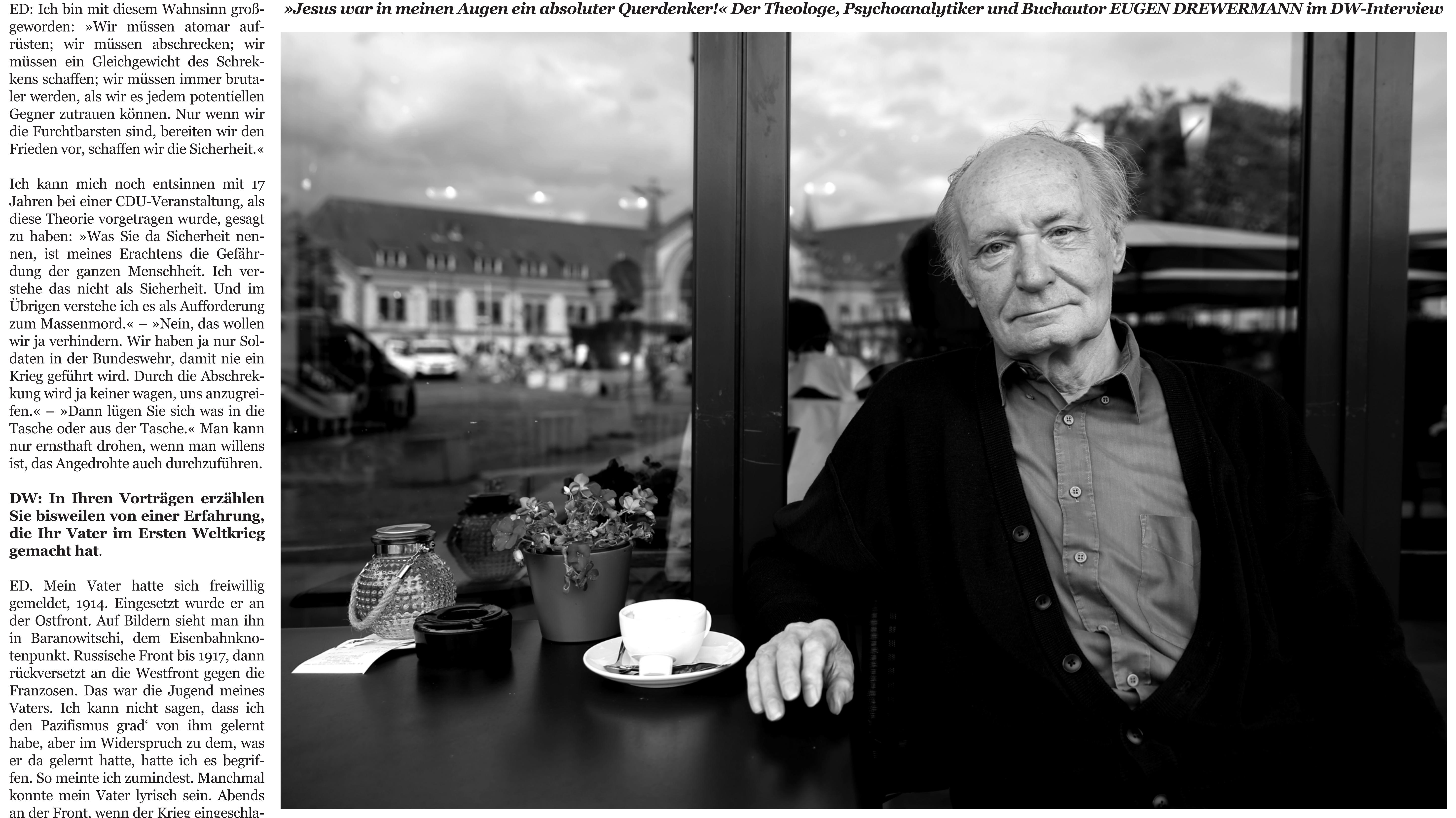




ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 20 Millionen in 100 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 9 vom 20. Juni 2020.

VOM KRIEG ZUM FRIEDEN

»Jesus war in meinen Augen ein absoluter Querdenker!« Der Theologe, Psychoanalytiker und Buchautor EUGEN DREWERMANN im DW-Interview



»Den Kriegstreibern in den Arm fallen…« Unterzeichner des neuen Krefelder Appells vom November 2021, Eugen Drewermann – hier beim Bahnhof Osnabrück am 22. Juli. Foto: Hannes Henkelmann.

Unser Autor und Fotograf Hannes Henkelmann trifft Eugen Drewermann zusammen mit Thomas Polewsky in Osnabrück. Der weltbekannte Theologe Drewermann wird Auskunft geben zu Putin, Querdenken und Kennedy. Zu den früheren »Qualitätsmedien« fehlen dem Schriftsteller fast die Worte.

DW: Herr Drewermann, am 6. August, dem Erscheinungstag dieser Ausgabe, jährt sich zum 77. Mal der Atombombenabwurf auf Hiroshima. Hat die Welt daraus gelernt?

Eugen Drewermann: Ein Mann wie der Theologe Karl Barth war nach Hiroshima fest der Meinung: »Der Krieg ist zu Ende. Wir brauchen gar nicht weiter zu diskutieren, er hat sich endgültig selber widerlegt.« Leider hätte Karl Barth das anders wissen können. Die Preußen haben von Kriegen wirklich etwas verstanden. Und einer ihrer Theoretiker, Clausewitz, kann in seinem bekannten Buch »Vom Kriege« genau das Problem schildern: Wenn Krieg ist, wird jede der kämpfenden Parteien der anderen die Regel vorgeben, nach der sie zu handeln hat. Mit der Konsequenz, dass jeder Krieg zum äußersten schreiten muss. Bis dahin, dass einer der Kombattanten unterliegt und kapituliert. Und bis dahin wird alles Grauen sich steigern. Weil es der andere tut, müssen wir ihm zuvorkommen, indem wir es besser noch tun, das heißt: viel schlimmer. Wir müssen alles, was der andere machen könnte, selber vorbereiten, damit wir mächtig genug sind, ihn niederzuzwingen. Wenn dies das Denken ist, begreifen Sie, dass selbst die Atombombe mit 100.000 Toten in wenigen Sekunden, kein Grund zum Innehalten ist.

Im Gegenteil. Zwei Wochen später rückten amerikanische Kamerateams in die Schluchten von Hiroshima ein. Aber nicht, um das Grauen aufzunehmen, es der ganzen Menschheit zu zeigen, um das Entsetzliche ein für alle Mal abzustellen. Nein, man muss die Wirkung der Bombe studieren, das ist Wissenschaft. Man muss genau sehen, in welcher Entfernung die Druckwelle welche Schädigung hinterlassen hat. Wie war die thermische Wirkung auf die Körper der Menschen, die verkohlt daliegen und deren Schattenumrisse man noch an der Wand sieht? In welchen Generationen, das müssen wir noch abwarten, werden missgebildete Kinder zur Welt kommen? Wie hoch wird der Anteil der Leukämiekranken und Krebskranken durch die Strahlenbelastung sein? Das alles müssen wir erforschen. Nicht um es sein zu lassen, sondern um es zu verbessern. Beim nächsten Mal effizienter! Und selbst die Atombombe ist zu schwach.

Wenn aber wir die Energie der Sonne auf die Erde holen, wenn wir Wasserstoff zu Helium verschmelzen und den Masseneffekt in reine Energie abstrahlen lassen, wenn wir die Wasserstoffbombe haben, dann gibt es physikalisch kein Ende mehr. Das war 1952: 40.000 Wirbeltiere hat man mitgenommen, um es zu erproben. Ganz genau, zu *erproben*. Wann platzen die Trommelfelle? Wann brennt die Haut? Wann bleibt von den Tieren gar nichts mehr übrig? Alles, was man in Hiroshima nur ansatzweise gesehen haben – jetzt sind wir die Mächtigsten! Wir haben eine Waffe, die nach oben hin unbegrenzt tödlich ist. Wir können töten.

DW: Man hört: Sie leiden darunter sehr?

ED: Ich bin mit diesem Wahnsinn großgeworden: »Wir müssen atomar aufrüsten; wir müssen abschrecken; wir müssen ein Gleichgewicht des Schreckens schaffen; wir müssen immer brutaler werden, als wir es jedem potentiellen Gegner zutrauen können. Nur wenn wir die Furchtbarsten sind, bereiten wir den Frieden vor, schaffen wir die Sicherheit.«

Ich kann mich noch entsinnen mit 17 Jahren bei einer CDU-Veranstaltung, als diese Theorie vorgetragen wurde, gesagt zu haben: »Was Sie da Sicherheit nennen, ist meines Erachtens die Gefährdung der ganzen Menschheit. Ich verstehe das nicht als Sicherheit. Und im Übrigen verstehe ich es als Aufforderung zum Massenmord.« – »Nein, das wollen wir ja verhindern. Wir haben ja nur Soldaten in der Bundeswehr, damit nie ein Krieg geführt wird. Durch die Abschreckung wird ja keiner wagen, uns anzugreifen.« – »Dann lügen Sie sich was in die Tasche oder aus der Tasche.« Man kann nur ernsthaft drohen, wenn man willens ist, das Angedrohte auch durchzuführen.

DW: In Ihren Vorträgen erzählen Sie bisweilen von einer Erfahrung, die Ihr Vater im Ersten Weltkrieg gemacht hat.

ED. Mein Vater hatte sich freiwillig gemeldet, 1914. Eingesetzt wurde er an der Ostfront. Auf Bildern sieht man ihn in Baranowitschi, dem Eisenbahnknotenpunkt. Russische Front bis 1917, dann rückversetzt an die Westfront gegen die Franzosen. Das war die Jugend meines Vaters. Ich kann nicht sagen, dass ich den Pazifismus grad' von ihm gelernt habe, aber im Widerspruch zu dem, was er da gelernt hatte, hatte ich es begriffen. So meinte ich zumindest. Manchmal konnte mein Vater lyrisch sein. Abends an der Front, wenn der Krieg eingeschlafen war, fingen die da drüben, der Iwan also, an zu singen. Und mein Vater konnte das so wiedergeben: »Die russische Seele ist eine Nachtigall.« Mit einemal war der Iwan kein verlauster, abzuschaffender Schreckling Europas, sondern ein Mensch mit einer eigenen Musikalität, einer lyrischen Seele, ein Quellgrund der Dichtung, der Gemeinsamkeit. Das konnte man hören. An der Front, wenn man nur hörte. Und man schwieg. Es war mäuschenstill in den Gräben. Musik als Frieden. Beethovens Neunte. Aus russischen Gräben in Baranowitschi.

DW: Auch Erich Maria Remarque und dessen Roman »Im Westen nichts Neues« erwähnen Sie oft, um das immer Wiederkehrende des kriegerischen Wahnsinns deutlich zu machen.

Remarque hat zehn Jahre gebraucht, um nach dem ersten Weltkrieg seine Eindrücke zu Papier zu bringen. Sie beginnen im Grunde mit der Frage, wie es möglich wird, einen normalen Menschen zu einem Soldaten zu machen.

Wir sind heute soweit. Bundeswehroffiziere kommen in die Schulen für 16-jährige Mädchen und Jungen, um ihnen klarzumachen, wie ehrenvoll es ist, etwas Richtiges zu tun, Soldat zu werden. Und auf Omnibussen wird geworben: »Macht, was wirklich zählt!« Für 16- und 18-jährige, sich beim Barras zu melden, mit Aufstiegschancen. Karrierebewusst.

»DIE CIA SCHUF DEN BEGRIFF VERSCHWÖRUNGSTHEORIE«

Wir haben wirkliche Söldner, Leute, die töten, das Töten lernen für gute Bezahlung. Ideale sind dabei gar nicht nötig. Und was wirklich zählt, hat einen furchtbaren Unterton. Die *Frankfurter Allgemeine*, die ich damals las, schrieb jeden Tag davon, was wirklich zählt. Beim *Bodycounting* nämlich: welche Einheit hat wie viele *Gooks*, Nordvietnamesen, getötet, umgebracht, zur Strecke gelegt. Wie bei einer Jagd. Das konnte man zählen und das zählte. Dafür wurden Prämien vergeben.

Dieser Spruch prangt heute auf den Omnibussen, die durch Berlin und überall herfahren, »Macht, was wirklich zählt«, ein grauenhafter Zynismus. Noch nicht einmal damit entschuldbar, dass er kaum begriffen wird von denen, die damit motiviert werden sollen, wieder in die Stiefel zu steigen und blutbeschmierte Felder zu betreten. Remarque beschreibt das richtig: Was man erlebt, ist nicht, wie man aufblüht in Idealismus, Humanismus, Menschlichkeit, Christentum womöglich, einer besseren Moral – ganz im Gegenteil. Was im zivilen Leben als Verbrechen gilt, genau das muss trainiert werden, geübt werden, perfektioniert werden, routiniert werden, kommandiert werden auf dem Kasernenhof. Töten. Verbrennen. Bombardieren. Zerfetzen, mit dem Bajonett zerstechen. Rücksichtslos, brutal, ohne Skrupel.

Dafür braucht es aber vorbereitende Werbung und begleitende Propaganda. Wenn Krieg ausbricht, haben Sie es mit Angst, mit Hassgefühlen, mit unglaublichen Formen des Rechthabens zu tun. Zudem wird der Gegenseite soetwas wie Wahrheit oder Menschlichkeit vollkommenen abgesprochen. Höhere Ziele dürfen beim Feind nicht vermutet werden. Und das gilt auch heute durch die Propaganda. Wenn Sie wirklich Krieg führen, brauchen Sie einen Gegner, der der Teufel selber ist: Es ist ihm alles zuzutrauen, und die Propaganda ist entsprechend.

Das Meiste, was so läuft, sind Projektionen der eigenen Triebhandlungen und Wünsche, die man sich nicht zugibt und deshalb auf den anderen verlegt. Ein Beispiel: Putin will das Sowjetimperium wiederherstellen und Gesamteuropa besetzen. Das kenne ich auch. Ab 1956 war das das Genre. Irgendwann werden die russischen Panzerarmeen durchbrechen, so viele Panzer haben die! »Deshalb brauchen wir Atombomben, um die Panzer der Sowjets zu stoppen.« Ich war damals 16, und ich dachte, das sei alles Lüge. Denn kein Mensch kann das so wollen. Außer man will Macht. Aber man will sie für sich selber. Ich konnte damals im Unterricht sagen: »Der Russe hat uns nie angegriffen. Im kompletten 20. Jahrhundert nicht. Im Ersten Weltkrieg nicht, im Zweiten Weltkrieg nicht. Er ist nie gekommen. Dass ihr erklärt, die Russen kommen, genügt alleine schon, Krieg vorzubereiten. Eigentlich wollt ihr das ja so, dann habt ihr eine Rechtfertigung. Im Grunde wollt ihr eure eigene Macht ausleben!«

DW: Wäre der Ukraine-Krieg vermeidbar gewesen?

ED: Wir hätten Frieden haben können. 1989 brach das Sowjetimperium zusammen. Gorbatschow schlug vor: Demilitarisierung vom Ural bis zum Atlantik. Nach der Beendigung des Warschauer Paktes, Auflösung der Nato, denn sie hatte überhaupt keinen Gegner mehr. Damit hätten wir unglaubliche Möglichkeiten gehabt: an Geldmitteln, an wissenschaftlichen Kenntnisständen, an Kooperation im Wirtschaftlichen. Wir hätten Geld zur Linderung der wirklichen Nöte der Menschen einsetzen können. 50 Millionen Menschen droht der Hungertod. Schuld seien Putin und die Ukraine, so wird es uns heute gesagt. Nein, das ist seit Jahrzehnten der Fall und die Nato bekommt Milliarden in den Rachen geworfen.

Aber wenn die Vereinten Nationen um zwei Milliarden Dollar für Flüchtlinge in Nordafrika betteln, dann haben wir kein Geld, das ist zu teuer. Wir haben auch kein Geld für Flüchtlinge, die sich gerade übers Mittelmeer gerettet haben. Sie sitzen seit mindestens sieben Jahren irgendwo auf griechischen Inseln rum. Wir haben kein Geld, sie da wegzuholen. Und auch kein Geld, Griechenland zu unterstützen, damit sie die Menschen mal vernünftig unterbringen können. Das ist alles zu teuer, aber 100 Milliarden Euro für Rüstung, das ist kein Problem. Das ist ja Stärke und Größe. Da erweist sich die politische Weitsicht in Vernunft und Verantwortung. Wie lange soll Deutschland diesen Irrsinn glauben? Die Wahrheit ist, wir hätten 1989 Frieden haben können, zwischen Russland und ganz Europa. Das Angebot lag auf dem Tisch. Und nicht zu vergessen: Die Wiedervereinigung Deutschlands kam zustande, weil wir Gorbatschow versichert hatten, die Nato würde keinen Zentimeter nach Osten vorrücken. Klares Versprechen, wird heute geleugnet, ist aber aktenkundig.

»DER SPIEGEL IST HEUTE DAS HASSORGAN ZUR KRIEGSVERSTÄRKUNG«

DW: Wer an den Anteil des Westens an diesem Krieg erinnert, gilt momentan als Querdenker. Wie nennen Sie uns?

ED: Wenn Sie von Querdenkern sprechen, muss ich daran erinnern, dass das vor dreißig Jahren ein Titel zum Lob war. Es gab damals im Goldmann-Verlag eine Buchreihe »Querdenker«. Das waren Leute, die selbständig dachten, nicht dauernd mit dem Strom schwammen und Widerspruch an den Stellen riskierten, wo sie es für nötig befanden. Das Entscheidende ist, Sie können Macht nur halten und verwalten, wenn Sie die Begriffe festlegen, die man korrekt gebrauchen soll, um in Übereinstimmung mit dem Massenkonsens zu kommen. Und das ist jetzt passiert. Man hat Querdenker einfach umgedeutet. Das seien Leute, die gar nicht denken wollten, die aus unbekannten, vielleicht aus psychotischen Gründen, gegen alles Mögliche seien, die unverantwortlich seien, die sich weigerten, sich impfen zu lassen, die aber andere anstecken könnten.

In meinem Sprachgebrauch bleibt Querdenker ein positiver Begriff. Jesus war in meinen Augen ein absoluter Querdenker, Sokrates allemal; er dachte ja selbständig, also niemals stromlinienförmig. Für mich ist das ein Wertbegriff geblieben. Ich kann das noch ausdehnen. Andere Begriffe sind umbesetzt oder erfunden worden. Beispiel, Verschwörungstheoretiker. Wenn Sie sagen: »Ich vermute, dass die Zielsetzungen in der Politik ganz andere sind, als die vorgegebenen«, sind Sie ein Verschwörungstheoretiker. Der Begriff ist 1965 aufgekommen. Die CIA schuf den Begriff »Verschwörungstheorie«, weil alle, die daran zweifelten, dass Kennedy von Lee Harvey Oswald durch einen einzigen gezielten Schuss ermordet worden sei, eigentlich der Agenda, dem Narrativ widersprachen, das man glauben sollte.

Lee Harvey Oswald, der damals verhaftet wurde, kann es nicht gewesen sein, soviel steht fest. Kurz darauf starb er im Übrigen – praktischerweise. Bei Shakespeare würde jetzt stehen: »Er starb allzu gelegen.« Er schied damit als Zeuge aus. Und es wurde immer mysteriöser. Bis heute ist die Ermordung Kennedys nicht aufgeklärt. Aber das alles durfte man nicht denken. Beim Einsturz der *Twin Towers* in *9/11* ist es dasselbe. Wer da etwas Anderes denkt, ist *megaout*. Macht bedeutet, Begriffe zu definieren, nach denen Sie in richtig und falsch einteilen können, ohne sich um Argumente kümmern zu müssen. Die Macht diktiert, wie man Begriffe richtig setzt.

Welche Rolle spielen dabei unsere sogenannten Qualitätsmedien?

WDie Begriffe verwenden unsere Medien absolut gehorsam. Von früh bis spät werden wir belehrt, dass Putin furchtbare Gräueltaten beginge, ein Massenmörder, ein Kriegsverbrecher sei, dass er nach Den Haag gehöre, dass man Russland besiegen müsste. Aber wie das, ohne einen jahrzehntelangen Krieg mit Tausenden von Toten gehen soll, steht dahin. Die Medien bringen es uns bei, auch solche, die vormals sogar kritisch waren, wie *Der Spiegel.* Man muss es deutlich sagen, *Der Spiegel* von einst ist heute das bellizistischste Hassorgan zur Kriegsverstärkung, das wir gerade auf dem Markt haben.

Was ist aus Ihrer Sicht jetzt zu tun?

Wir müssten innerlich und äußerlich abrüsten. Im fünften Kapitel des Matthäus-Evangeliums heißt es, das Böse nicht mit Bösem zu bekämpfen. Wenn wir nicht so vorgehen, rotten wir das Böse nicht aus. Wir geben vor, den Teufel in die Hölle zurückzujagen, aber wir merken nicht, dass wir selber die Teufel werden und die ganze Welt in eine Hölle verwandeln. Wir müssten schlimmer werden als das Böse. Wir könnten es ja nur besiegen, indem wir es überbieten. Dann sind wir genau in der Eskalation der Waffenspirale und der Rüstung, in der wir momentan stecken.

Nicht zurückschlagen, das wäre abrüsten! Und vor allem jetzt. Interesse aufbringen für die Angst des Andern. Wir haben Angst vor Putin, aber hat jemals jemand gefragt, welche Angst Russland hat, umklammert zu werden von der Nato? Man hält schon die ganze Südflanke Russlands besetzt und will noch weiter vordringen. Wir müssen endlich die Angst, die wir vorm anderen haben, lösen. Und zwar durch das Interesse an der Angst, die wir dem Anderen bereiten. Stattdessen haben wir in der gesamten Geschichte seit 7.000 Jahren nur ein einziges Rezept: Wenn wir Angst haben, müssen wir Angst verbreiten. Und da geht die Spirale der Blutmühle, der Kriege durch die Jahrhunderte und Jahrtausende endlos in verschlimmerter Form weiter.

Deshalb finden Sie im 14. Kapitel des Johannes-Evangeliums die Worte: »Ich gebe Euch einen Frieden, den die Welt nicht geben kann. Einen Frieden der Versöhnung.« Die Welt gibt nur einen Angstfrieden, einen Teufelsfrieden. Die Mächtigen sind übrigens nicht die Mächtigen. Im Grunde sind es Leute, die mit Minderwertigkeitsgefühlen nach oben streben, um etwas darzustellen, das sie sich selbst nicht glauben.

Wo kann man anfangen?

Beginnen müsste das in unseren Schulen. Wenn ein Bundeswehroffizier beibringt, dass es jetzt eine Pflicht sei, in der Zeitenwende ordentlich für die Außenpolitik zu sorgen, müsste mindestens, damit es demokratisch zuging, jemand von der Friedensbewegung kommen und denselben Kindern beibringen, was es bedeutet, was sie gerade gehört haben.

Herr Drewermann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Hundert (100) Gedichte.
Bertolt Brecht, Siegfried Unseld
Suhrkamp
978-3-518-39300-0



Lügen in Kriegszeiten.
Kritische Betrachtungen
Arthur Ponsonby
Westend
978-3-86489-387-2



Der Teufelspakt.
Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten und Zweiten Weltkrieg
Sebastian haffner
Manesse Verlag
978-3-7175-4028-1



Erfolgsleere.
Philosophie für die Arbeitswelt
Michael Andrick
Alber, K
978-3-495-49096-9



Bürokratie.
Die Utopie der Regeln
David Gräber
Goldmann
978-3-442-15920-8



Schwarzbuch Corona.
Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann und Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.)
Sodenkamp & Lenz
427-0-00223-949-4



Schmerzgrenze.
Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt
Joachim bauer
Heyne
978-3-453-60258-8



Dispositive der Macht.
Über Sexualität, Wissen und Wahrheit
Michel Foucault
Merve Verlag
978-3-920986-96-8



Und sie erkannten sich.
Das Ende der sexuellen Gewalt
Dieter Duhm, Sabine Lichtenfels
Meiga
978-3-927266-60-5



Kosmos.
Jochen Kirchhoff
OVALmedia
978-3-949559-06-8

Was geschah mit Schatzi?

Zum Fall Pia Lamberty
Von Anselm Lenz

Nee, total gut hätten wir uns verstanden vorm Hörsaal P2 oder in der Schweinemensa. Die Pia hätte die Semesterarbeit mit mir schon hinbekommen. Proseminar? Wir verbrachten die Nullerjahre in derselben Suppe.

Seit einigen Jahren nun geistert Pia durch den Propagandafunk. Mit ihrem »Weißt-Du-ich-finds-total«-Ton wird sie als Sozialpsychologin am Nasenring durch die GEZ-Manegen geführt. Die *Show* ist begehrt. Regierungsfinanzierte *Fake*-Stiftungen suchen Pia wie die Fliegen das Licht. »Authentisch«: Sie klingt im TV so, wie Uni-Linke seit den Achtzigern nunmal klingen. Ehrlich ma jetz‘, ja?

Pia sagt, sie komme aus einfachen Verhältnissen. Jedenfalls war vor ihrer Ausnahmekarriere kein Geld da, bis in ihre frühen Dreißiger. Dann: Unerwartete Förderungen und Honorare. Ein Sprung, Pias Aufstieg! Teuer Essen mit Mama, Pia bezahlt. Mutti sehr stolz, Pia im TV. Feel good! Pia hat nach kargen Jahren die Karriere spät über das parteien- und konzernbasierte Pfründesystem gemacht. Endlich Altbau! Wirft mensch nicht mehr weg, Zeiten sind schwer. Pias Sprechrolle geht so: »Voll problematisch, hinter jeder Hekke Verschwörungstheoretiker und Antisemiten!« Sie erklärt für Millionen, wie



Foto: DW-Bildschirmfoto ARD-Kontraste

schlimm das is', ja »gefährlich«. Zuletzt in der GEZ-Lehrersendung Kontraste. *Red Scare reloaded*: »Wenn man sich eine Person aus diesem Milieu als Partner sucht, um Frieden zu wollen, dann ist das schon grotesk.« Frieden ist nicht für alle da, das ist heute Lambertys Hauptbotschaft. Irgendwer muss also wech.

Extremisten der Mitte: Das sind Schatzis Chefs, und die haben Angst vor dem Volk. Nach dem Prinzip »Teile und herrsche« soll in der Friedensbewegung Zwietracht gesät werden. Gegen die Nato? Ungern. Die drei eingestürzten Türme vor den Überfällen auf fast ganz Nordafrika und Nahost erwähnen? Nö echt, issn No-Go! Dabei hätte Pia anders abbiegen können. Sie kam auf die Förderungsliste, als das fett verdienende Polit-Geschmeiß sich darauf verlegte, die Schuld für ihren eigenen Niedergang »bei denen da unten« zu suchen. Gegen Geld unterstellt Lamberty ihrer eigenen Klasse »falsches Bewusstsein«. Alter Hut! Ganz im Sinne der höheren Sache der Neoliberalen sollen europäische Angestellte und Mittelständler besser nicht mehr ihre Interessen vertreten. Pia verdient daran jetzt gut, und wird irgendwann einfach verschwinden.

SPORT MIT BERTHOLD

GLÜCKWUNSCH AN DIE ENGLÄNDERINNEN

Bei der Europameisterschaft im Fußball der Frauen gewannen im Finale die Engländerinnen gegen das deutsche Team.

»Wenn wir ins Elfmeterschießen gekommen wären, wissen wir ja, wie es ausgegangen wäre«, kommentierte ein Sprecher des englischen Fußballverbandes. Die Engländer haben vom Punkt so ihre legendären Schwächen. In der Verlängerung gewann England mit 2:1. Frauen haben auch im Profisport natürliche andere Voraussetzungen. Zudem ist jeder Mensch ein Unikat und muss selber entscheiden, zum Beispiel, ob auch nach einer Schwangerschaft die Karriere weitergeht. Ich meine: Eine Schwangerschaft ist ja keine Krankheit und Kinder sind immer inspirierend und motivierend! Ich werde nicht müde, den Lesern Hinweise zur natürlichen Selbststärkung des Immunsystems mitzugeben. Zuletzt erwähnte ich die Seite *comusev.de*. Auch erwähnenswert ist Arthur Tränkle mit den entsprechenden Informationen zu Heilmethoden. Der Pharmalobby passen die Ergebnisse etwa Dr. Andreas Kalckers überhaupt nicht, weshalb auch dort das entsprechende »Framing« stattfand.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV. WIR BRAUCHEN WILLEN. LEONARD COHEN

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 100. Ausgabe ab Samstag, 6. August 2022. | Redaktionsschluss war am 4. August | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX.**

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 101 erscheint am 20. August 2022.